

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **525000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Vor der Entscheidung.

1. Der sterbende Reichstag.

Nach langem Harren der großen Mehrheit der deutschen Reichstagswähler ist ihnen endlich der Tag bekanntgegeben worden, an dem sie ihr Urteil abgeben sollen über die Leistungen der Reichstagsmehrheit, die binnen kurzem das Zeitliche segnen wird. Am 12. Januar 1912 wird der neue Reichstag gewählt. Das ist so ziemlich der äußerste Termin, der nach der Reichsverfassung möglich ist. Der vorige Reichstag ist am 13. Dezember 1906 aufgelöst worden. Die einleuchtendste Auslegung der Bestimmung der Reichsverfassung, wonach der Reichstag auf fünf Jahre gewählt wird, geht dahin, daß am 13. Dezember 1912 der neue Reichstag schon wieder versammelt sein müsse. Neben dem staatsrechtlichen hätte auch ein praktischer Gesichtspunkt dafür gesprochen, den alten Reichstag so zeitig nach Hause zu schicken, daß der neue zu Beginn der parlamentarischen Saison, das heißt im Oktober oder November sein Amt antreten konnte. In jeder Wintertagung hat der Reichstag den Reichsetat zu erledigen, der im Spätjahr von der Regierung vorgelegt zu werden pflegt und bis zum 1. April, an welchem Tage er in Kraft tritt, zum Abschluß gelangt sein muß. Seit einer Reihe von Jahren schon hat die Durchberatung des Etats bis zum 1. April Schwierigkeiten bereitet, obgleich man die Generaldebatte noch vor Weihnachten vornahm und im Januar die Etatskommission arbeiten ließ. Kann nun, da die Reichstagswahlen erst in die zweite Jahreshälfte fallen, der neue Reichstag erst Anfang Februar zusammentreten, so ist nicht abzusehen, wie der Etat für 1912 in allen Einzelheiten bis zum 1. April durchberaten werden soll.

Den Wünschen und Interessen der großen Masse der deutschen Reichstagswähler entspricht diese hinauschiebung des Wahltermins keineswegs. Im Gegenteil. Die Arbeiterklasse besonders sehnt sich seit Jahren schon danach, Abrechnung zu halten mit den Parteien, die das Vertrauen der Wähler so schwer mißbraucht haben. Das gilt von allen bürgerlichen Parteien, wenn auch von der einen in geringerem, von der andern in höherem Grade. Ihr Mißschuldiger, in vielen Fällen ihr Anführer war die Regierung.

Bei den letzten Wahlen im Januar 1907 wurden den Wählern förmlich goldene Berge versprochen. Angeblich zur Niederwerfung der Zentrumshegemonie wurde vom damaligen Reichskanzler Fürst Bülow der liberal-konservative Block gegründet, eine politische Mißgeburt, die niemals zu fortschrittlichen gesetzgeberischen Leistungen fähig sein konnte. Mit Hilfe einer Wahlbeeinflussung, wie sie selbst zu Bismarcks Zeiten nicht erlebt worden ist, mit Flugblättern und Bilderbogen, die von der Regierung geliefert, mit dem Gelde der Kolonialspekulant und großindustriellen Regierungssubventionen bezahlt wurden, gelang es, der liberal-konservativen Paarung eine Mehrheit im Reichstag zu verschaffen. Auf Kosten der Arbeiterpartei, gegen die sich das Paarungsexperiment in viel stärkerem Maße richtete als gegen das Zentrum. Wie „ehlich“ es in jenem Wahlkampf zugeht, dafür nur ein Proben. In den Versammlungen und in der Presse der Sozialdemokratie wurde damals betont, wenn die Regierung eine gefügige Reichstagsmehrheit bekomme, seien neue große Steuerforderungen mit Sicherheit zu erwarten. Darauf erklärte am 22. Januar 1907 die Regierung im Büloworgan, der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung:

„Von Blättern verschiedener Parteirichtungen ist zu Wahlswecken die Behauptung aufgestellt worden, die verbündeten Regierungen würden alsbald mit neuen umfangreichen Steuerplänen an den Reichstag herantreten. . . . Die Behauptung, baldige neue umfangreiche Steuern seien von den verbündeten Regierungen in Aussicht genommen, entbehrt jeder Begründung.“

Diese feierliche Versicherung war darauf berechnet, am 23. und 24. Januar in der gesamten Bülowblockpresse verbreitet zu werden, und sie gelangte dann auch bis zum 25. Januar, dem Wahltag, ins letzte Winkelblättchen. So wurde die Wählerklasse beruhigt: sie könne getrost der Regierung vertrauen, neue Lasten seien nicht zu befürchten. In denselben Tagen aber, als diese Erklärung verbreitet wurde, arbeiteten bereits die Geheimräte des Reichsschatzamtes im Schweisse ihres Angesichts an der größten Steuervorlage, die das Deutsche Reich je erlebt hat, und die ein Jahr darauf dem Reichstag zur Beratung vorgelegt wurde. Der Zweck der Erklärung wurde erreicht. Große Kreise der minderbemittelten Reichstagswähler gingen auf den Leim, und als ihnen nachher die Augen aufgingen, da war es zu spät. Die Erklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 22. Januar 1907 sollte jetzt in allen Gemeinden des Deutschen Reiches auf großen Warnungstafeln angehängt werden, damit die Wähler für die Zukunft wissen, was sie von derartigen feierlichen Versicherungen der Regierung zu halten haben.

Als der Reichstag dann zusammentrat, schwammen die Liberalen in Wonne, da man sie in die bülowtreue Mehrheit aufgenommen hatte. Nach ihren großspirigen Anbündigungen sollten nun endlich die herrlichen Zeiten andrehen, die der gegenwärtige Kaiser „seinem“ Volke schon kurz nach seinem Regierungsantritt versprochen hatte. Einem starken liberalen Einschlag sollte die Reichspolitik jetzt bekommen. Die freisinnigen Optimisten hatten in den Paarungslitern ganz übersehen, daß ihr Bettgenosse, der ostelbische Junker, mit einem Verbündeten, der

auch nur scheinliberale Experimente unternehmen würde, kurzen Prozeß zu machen versteht.

Der Liberalismus ist der Feind des Konservatismus. Die Junker als die Vertreter der alten konservativen Staatsauffassung widersetzen sich jedem liberalen Aufzug. Sie würden am liebsten alle Parlamente zum Teufel jagen und den uneingeschränkten Absolutismus, die Alleinherrschaft des Monarchen wieder aufrichten. Hat doch einer ihrer brutalsten und offenherzigsten Wortführer, Oldenburg von Januscha, im Reichstag ungeheuren Gedanken vertreten, daß der Kaiser eines Tages einem Leutnant mit zehn Mann befehlen könne, die Reichstagsbude zu schließen. Dafür, daß der absolute Monarch stets ihren Zwecken diene, sorgen die Ritter und Grafen hinter den Kulissen. Und fände sich einmal ein Kronenträger, der sich weigerte, nach ihrer Pfeife zu tanzen, so würden sie sich seiner rasch entledigen nach der Methode ihrer Ahnen, die einem Vorfahren des jetzigen Kaisers an die Skloppür schrieben: „Jochimken, Jochimken, hüte di! Fangen wi di, so hangen wi di!“ Der Leitgedanke der Politik der Junkerpartei ist, kein Atom von ihren Herrschaftsrechten an neuaustrübende Volksklassen abzutreten, nicht ein Quentchen von den Opfern auf ihre Schultern zu nehmen, die aus den wachsenden Lasten des Staates entstehen, dafür aber um so größere Ansprüche zu stellen in bezug auf Besetzung einflussreicher Staatsämter und Gewährung von zollpolitischen Liebesgaben aller Art.

Den wirtschaftlichen Interessen des vorwärtsdrängenden Bürgertums genügt aber die absolute Staatsform nicht, und so braucht diese Volkschicht den Parlamentarismus als Werkzeug zur Genömmung von Einfluß auf das Regierungssystem. So weit, wie es mit dem Besitzinteresse der Bourgeoisie noch verträglich ist, gewährt sie auch der Arbeiterklasse politische Rechte. Das kann die bürgerliche Klasse um so leichter, als die Arbeiter in fast all den großen Streitfragen, die zwischen dem feudalen Junkertum und dem Bürgertum auftauchen, in ihrem eigenen Lebensinteresse auf der Seite des Bürgertums stehen muß. Die politische Vertretung des großen Bürgertums, die Freisinnigen und die Nationalliberalen, stellen die tiefgehenden Interessengegenüber, die Junker und Bürgertum voneinander trennen, nicht in Rechnung, als sie das Paarungsgeschäft abschließen. Krampfhaft hielten sie 2 1/2 Jahre lang an der unglücklichen Paarungsidee fest, alle ihre Hoffnungen, eine „liberale“ Großtat vollbringen zu können, zerrannen aber wie Butter an der Sonne. Alles, was erobert wurde, war das Reichsvereinsgesetz, bei dem aber die bürgerliche Linke auch wieder grundlegend demokratische Prinzipien zu Grabe trug, wie zum Beispiel das unveräußerliche Recht des Staatsbürgers, in seiner Muttersprache zu den Mitbürgern über öffentliche Angelegenheiten zu reden. Für den deutschen Süden, der schon seit der bürgerlichen Revolution von 1848/49 ein freies Vereins- und Versammlungsrecht besaß, bedeutet das Reichsvereinsgesetz einen direkten Rückschritt, im Norden aber werden die Verbesserungen, die es gegenüber dem früheren Recht in Preußen, Sachsen und anderen Staaten gebracht haben mag, durch Polizeischikane wieder illusorisch gemacht. Mit dieser Frucht kann sich also der alte Bülowblock nicht sehr brüsten.

Als dieser Block dann seine Hauptaufgabe, die Reichsfinanzreform, lösen sollte, ging er endgültig aus dem Leim. Die Liberalen wurden untauf an die Lust gelegt, Fürst Bülow abgehalftert, die alte, nie rostende Liebe der Schwarzen und der Blauen wurde wieder aufgewischt, ein verlängertes Fragezeichen namens Bethmann Hollweg auf den Kanzlerstuhl gesetzt und dann im Handumdrehen die 500 Millionenlast dem deutschen Volk durch Steuern aufgebürdet, die auch bei tugendfrommen Staatsbürgern das Blut in Wallung bringen mußten. Die Schwarzen hofften, die Empörung des Volkes über die himmelstreichende ungerechte Steuerverteilung mit Hilfe ihrer Himmelsgendarmarie, den politischen Agitatoren im Priesterkleide, dämpfen zu können, die Blauen setzten ihr Vertrauen in die Beeinflussung der Wählerklasse durch den Regierungsapparat. Beide Faktoren aber verlagern ihre Wirkung. Seit dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform geht es rapid bergab mit den Parteien des Schnapsblocks. Ein Wahlkreis nach dem andern ist ihnen bei den Erstmahlen entziffen worden. Die Konservativen haben sogar in ihren sichersten ostelbischen Domänen schwere Einbußen erlitten und das Zentrum muß erleben, daß die festesten schwarzen Burgen, wie Düsseldorf und Konstanz, von der Linken erobert werden. Diese Wirkung der schwarzblauen Mißfaten erfüllt die Vertreter der jetzigen Reichstagsmehrheit mit Angst und Zittern. An eine Auferstehung ihrer Herrlichkeit nach dem Tode des gegenwärtigen Reichstags glauben sie trotz all ihrer Frömmigkeit längst nicht mehr. Und darum eben suchen sie ihre Herrschaft zu verlängern, solange es nur irgend geht. Sie würden sie verewigen, wenn die Reichsverfassung nicht im Wege stünde und das Volk es sich gefallen ließe. Naß hat man noch die Reichsversicherungsordnung durchgepeitscht, um vor die Arbeiter treten zu können mit einer Gabe, die als Wahlspekt dienen soll. Nach dem Reichsraub auf dem Gebiet der Krankenkassenverwaltung, nach der Ablehnung jeder ernsthaften Verbesserung der Unfallversicherung, nach der Beibehaltung des siebzigsten Lebensjahres als Grenze für die Erlangung der Altersrente, nach der armseligen Witwen- und Waisenversicherung, die diesen Namen nicht verdient, erblicken die aufgeklärten Arbeiterwähler in diesem Gesetzeswerk ein Panergesicht, das mit Hintergedanken gegeben wird und dem Empfänger Enttäuschungen bereitet. Es ist zu befürchten, daß das Gesetz über die Versicherung der Privatbeamten gleichfalls die Hoffnungen derer täuschen wird, die seit vielen Jahren auf dieses Gesetz warten. Schon die Abweisung, mit der der sterbende

Reichstag dicht vor den Neuwahlen rasch das Gesetz noch zu fande bringen will, ist verdächtig und wird zu nichts Gutem führen.

Fünf lange Jahre hat der Reichstag Zeit gehabt, seine Kunst in einer Gesetzgebung zu zeigen, die den Volksbedürfnissen entspricht. Statt nach diesem Ruhm zu streben, hinterläßt er eine Deporelliste von schweren Verfündigungen am Volkswohl. Alle Versuche, die Mißfaten zu beschönigen oder vergessen zu machen, müssen fehlschlagen. Die Strafe darf dieser Reichstagsmehrheit nicht geschenkt werden. Und darum sollen auch an dieser Stelle in einigen weiteren Artikeln die für die Arbeiterklasse bedeutungsvollsten „Errungenschaften“ des Blockreichstags noch näher besprochen werden.

Ein Kampf um das Koalitionsrecht in Bayern.

Aus München wird uns geschrieben: Mitunter kommt es ganz anders, als man denkt. Die Wichtigkeit dieses schon etwas abgegriffenen Sprichwortes hat das bayrische Zentrum jetzt zu seiner schmerzlichen Ueberzeugung erkennen müssen. In seinem protegten Machtbewußtsein hatte es geglaubt, es könne die Regierung ganz nach seiner Pfeife tanzen lassen. Aus diesen tollkühnen Träumen ist die schwarze Mehrheitspartei nun jäh aufgeschreckt worden: die Regierung hat den Landtag heimgeschickt und schreibt Neuwahlen aus.

Die äußere Ursache dieser Maßnahme ist eine kleinliche Zänkerey zwischen dem Zentrumsgesandten Oswald (dem in der ganzen Arbeiterwelt wohlbekanntesten bisherigen Vorsitzenden des christlichen Verbandes mit dem langen Namen und den kurzen Finanzen) und dem Verkehrsminister v. Frauendorfer. Oswald hatte dem Minister angebrüllt, weil dieser während einer Rede des großen schwarzen Volksmannes den Saal verlassen hatte. Frauendorfer hatte auf den großen Klok einen den Verhältnissen entsprechenden Reil gelegt. Die nächste Folge war, daß die Zentrumsgesandten sich im Finanzausschuß in die Beratung des Eisenbahnetats einzutreten. Sie gaben die Erklärung ab, daß sie nicht nur wegen der schlechten Behandlung ihres lieben Oswald Obstruktion trieben, sondern weil sich Frauendorfer weigerte, scharfer gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband (siehe den Artikel in Nr. 45 der Metallarbeiter-Zeitung) vorzugehen.

Die Zentrumspreffe jubelte über diesen „mutigen“ parlamentarischen Streit der Partei, die den Arbeitern das Streifen verbieten möchte. Man konnte lesen, daß dem Minister gar nichts weiter übrig bleiben werde, als gehorjam vor dem allmächtigen Zentrum zu kriechen. Denn auf einen Ministerkurs, so hieß es, wolle man großmütig verzichten wegen — des hohen Alters des Prinzregenten.

Dieses alberne Geschwätz der Partei, die sich als berufene Thronstühle auszuspielen beliebt, hatte aber eine ganz unerwartete Wirkung. Der Prinzregent schrieb dem Ministerpräsidenten, man möge auf sein hohes Alter nur ja keine Rücksicht nehmen und er sehe den Entscheidungen des Gesamtministeriums entgegen. Diesen deutlichen Wink konnten die Minister nicht mißverstehen, und so erfolgte am 14. November die Auflösung der Abgeordnetenkammer.

Das Zentrum wurde dadurch vollkommen überrast; es war wie vom Donner gerührt. Die Zentrumspreffe sucht nachträglich natürliche Stimmung zu machen und erzählt von der tiefen Begeisterung, mit der die Schwarzen angeblich in den Wahlkampf ziehen. Das sind aber Fiktionen. Wer gesehen hat, wie die Zentrumsgesandten bei der Bekanntgabe der Auflösung die Köpfe hängen ließen, wer gesehen hat, wie die Herrschaften mit schlotternden Knieen zu den Hintertüren hinausgeschlüpfen, die weil eine riesige begeisterte Volksmenge das Hauptportal des Landtagsgebäudes umlagert hielt, wer das gesehen hat, der wird wissen, wie dem Zentrum wirklich zumute ist.

Und ein ultramontanes Provinzialblatt, das genötigt war, aus Eigenem etwas über den Vorfall zu schreiben und das nicht auf einen Artikel aus der parteiunabhängigen Wochenschrift in München warten konnte, gibt mit rührender Ehrlichkeit zu, daß man der Regierung so viel Energie nicht zugetraut und daß man als sicher angenommen habe, das Ministerium werde klein gegeben.

Im Januar 1912, kurz nach den Reichstagswahlen, sollen nun die Neuwahlen zum bayrischen Landtag stattfinden, da für einen früheren Termin die Wählerlisten nicht rechtzeitig fertiggestellt werden können.

Bei diesen Neuwahlen aber handelt es sich vor allem um die wichtigsten gewerkschaftlichen Interessen, ja geradezu um eine gewerkschaftliche Existenzfrage. Wohlgerne! nicht allein um das Sein oder Nichtsein des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes handelt es sich, auch nicht allein um Steuer- und Schulfragen oder um allgemeine Kulturangelegenheiten wird gekämpft. Um das freie Organisationsrecht der Arbeiter muß diesmal gekritten werden.

Schon in Nr. 45 dieses Blattes wurde dargelegt, welche Absichten das Zentrum bei seinem Vorstoß gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband verfolgt hat. Inzwischen hat die Zentrumspreffe ganz offen ausgesprochen — allerdings vor der Landtagsauflösung —, daß es Aufgabe der Regierung sei, den sozialdemokratischen Einflüssen entgegenzutreten und Ordnung zu schaffen, und zwar nicht nur in den Staatsbetrieben, sondern auch noch „darüber hinaus“.

Dieses „Darüber hinaus“ spricht Bände und der denkende Arbeiter weiß, was es zu bedeuten hat. Heute wird den Staatsarbeitern und Beamten verboten, der sozialdemokratischen Partei anzugehören, und morgen wird man bei Vergabung von Staatsaufträgen an die Industrie die Bedingung stellen, daß nur christlich

organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürfen. Wenn es nicht gelingt, die Mehrheit des Zentrums zu brechen, so wird dieses seine Macht in brutaler Weise zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung auszunutzen suchen, eine neue Ära der Verfolgung der Arbeiterorganisationen wird anbrechen, wie dies den agrarischen und kapitalistischen Interessen entspricht, denen sich das Zentrum immer mehr verschreibt.

Eine neue Zentrumsmehrheit würde auch die christlichen Gewerkschaften treffen. Die haben ja heute schon schwer genug zu kämpfen, daß sie existieren dürfen. Und wie es mit der Vertretung der Arbeiterinteressen beim Zentrum steht, das hat der Zentrumsvorstand Oswald vor kurzem einer Abordnung von Arbeitern der staatlichen Gewerkschaft in Ulm berichtet. Die Deputation war bei dem großen Mann vorstellig geworden, um ihn zu bitten, für Gewährung einer Lohnsteigerung an die Arbeiter der Gewerkschaft zu wirken. Oswald sagte den Arbeitern, sie sollten nur ja nicht glauben, daß die Vertretung ihrer Interessen so leicht sei. Er (Oswald) müsse sich in den Fraktionsitzungen des Zentrums oft 4 bis 5 Stunden über solche Fragen herumstreiten, weil die bayerischen Zentrumsvorstände — und die geben in der Partei den Ton an — nicht begreifen können, daß man mit 4 M. täglich nicht leben könne.

Wie diese Zentrumskreise sich aufhalten würden, wenn ihre Macht aufs neue befestigt würde, läßt sich denken. Uebrigens sind es nicht die bayerischen Zentrumsvorstände allein, die trotz der Zeuerung 4 M. als einen ausreichenden Tageslohn für einen Familienvater erachten. Das Organ des Kampfbundes Dr. Fischer, die ultramontane Donau-Zeitung in Passau, hat während des vorjährigen Ausfluges der oberbayerischen Bergleute ebenfalls geschrieben, ein Tagesverdienst von 4 M. sei „doch nicht schlecht“. Wenn es sich freilich um die Bezahlung unverheirateter Katholiker Geistlicher handelt, dann bezichtigt die gleiche Partei einen Tagesverdienst von 4 M. als einen Hungerlohn.

Diesen Auffassungen entspricht auch die ganze praktische Sozialpolitik, die das Zentrum in bayerischen Landtage getrieben hat. Es hat nur um die Frage der Arbeitslosenversicherung gekümmert. In Landtage haben die schwarzen Volksvertreter verlangt, daß die Städte auf diesem Gebiete vorangehen sollen. In den Stadterwartungen aber erklären die Zentrumskreise, die Arbeitslosenversicherung sei eine Aufgabe des Landes. Das ganze nennt man im Zentrum: Lösung einer sozialpolitischen Frage, die Arbeiter dagegen bezeichnen es als eine Klassenmaßnahme.

Und wie hat das Zentrum erst mit den Interessen der Staatsarbeiter und Beamten sich abgefunden? Ja, im Stellen von Anträgen waren die Herrschaften groß. Aber erst in den letzten Tagen haben sie sich von einem Minister jagen lassen müssen, daß sie nicht einmal wissen wollen, was die Durchführung ihrer Anträge kostet. Daß es ihnen mit der Durchführung ihrer Anträge gar nicht ernst ist, wurde auch schon deutlich festgestellt. Die Herrschaften betrachten ihre sozialpolitischen Anträge, so hat ein bayerischer Zentrumsvorstand vor Jahr und Tag vor Gericht unter seinem Zeugniseid erklärt, „nur als Programm“. In verständliches Deutsch übersetzt heißt das: man will damit den dummen Arbeitern Sand in die Augen streuen.

Die ultramontane Sozialpolitik ist nichts als eine große Verschwendung der Arbeiter; sie stellt das würdige Gegenstück dar zu den „Vollschuldenleistungen“ gewisser industrieller Schatzkammer. Dazu kommen nun noch die unverhüllten Schatzkammerereien des Zentrums gegen alle nichtultramontanen Organisationen und besonders die freien Gewerkschaften, die auch mit den niedrigen Demagnationen verfolgt werden.

Das Raß ist voll. Gewiß hat sich das bayerische Zentrum durch seine unterförmige Gewalt und Demagnationspolitik bei allen Schichten der Bevölkerung verhaßt gemacht. Und deshalb ging es am 14. November wie ein jährender Auf durch das ganze Land. Jetzt wird abgerechnet. Aber wenn jemand besonders Ursache hat, am Wahltage Vergeltung zu üben, so ist es die Arbeiterklasse. Sie Ultramontanen wollen mit freibestimmtem Uebermut angreifen, was sich der heimische Arbeiter in jahrzehntelangem Kampfe geschaffen hat: seine gewerkschaftliche Organisation. Da muß den Herren gründlich auf die Finger klopfen werden.

Und die bayerischen Metallarbeiter haben mit den schwarzen Volksterrören noch ein Extrablattchen zu tun. Die bayerische Metallindustrie leidet an Mangel an Aufträgen. Durch seine lächerliche parlamentarische Opposition hat das Zentrum erreicht, daß große Staatsaufträge für die Eisenbahnen nicht vergeben werden können. Zahlreiche Metallarbeiter, die Brot hätten finden können, müssen arbeitslos auf der Straße liegen. Sie können dazu die „schwarzen“ Anträge lesen, die das Zentrum gestellt hat. Leider werden sie davon nicht satt.

Nun wird in wenigen Wochen Gelegenheit geboten, für alle diese Dinge die Nutzung auszunutzen. Wie alle anderen, werden wohl auch die bayerischen Metallarbeiter sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen und kann für Mann ihre Pflicht im bei der Vorbereitung der Wahl, in der Agitation und am Wahltage selbst. Wer noch nicht bayerischer Staatsbürger ist, die nötigen Voraussetzungen dafür aber erfüllt hat, der muß sofort Schritte tun, sich dieses Recht und damit des Wahlrechts zu erwerben. Wehr wie je zuvor kommt es diesmal auf jede einzelne Stimme an. Und jedem einzelnen Arbeiter gilt unsere Warnung:

Wann der Arbeit, um deine Sache handelt es sich. Behr dich um dein Recht!

Der neue Mittelstand und seine Stellung zur modernen Arbeiterbewegung.

I.

Während der alte Mittelstand, der sich aus kleinen selbständigen Gewerbetreibenden zusammensetzte, immer mehr an Bedeutung und Einfluß verlor und nur noch ein Schattenwesen blieb, hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte ein neuer Mittelstand gebildet, der an Zahl und Einfluß fortwährend zunimmt. Diese neue Klasse besteht aus Beamten, Lehrern, Technikern, Ingenieuren, Anwälten, Ärzten, Redakteuren, Journalisten, etc., die eine Mittelstellung einnehmen zwischen Unternehmern und Arbeitern. Sie vertritt ihre Interessen durch die modernen Verbände im Berufsstande. Bekanntlich fand in den letzten drei Jahrzehnten ein ständiger Rückgang der Arbeiter mit seinen Gehältern und Arbeitsbedingungen statt. Er gab die Annehmlichkeiten und trat die Annehmlichkeiten, die seine Leute auszubilden hatten; kam es zu Streitigkeiten, so wurden sie kaum gegen Mann angetragen, ohne daß sich ein Richter herbeizurufen mußte. Seitens der Arbeiter ist diese höhere Regel zu einer Ausnahme geworden. Heutzutage ist diese höhere Regel zu einer Ausnahme geworden. Heutzutage ist diese höhere Regel zu einer Ausnahme geworden. Heutzutage ist diese höhere Regel zu einer Ausnahme geworden.

Ergebnen, die infolge ihrer höheren Bildung und der besseren Bezahlung dem Unternehmertum zuneigen und kapitalistische Gesinnung hegen, während sie andererseits doch auch nur unselbständige, abhängige Existenzen sind, deren Lebenslage ebenso unsicher ist, wie die der einfachen Arbeiter. Auch sie sind von den wirtschaftlichen Schwankungen und den Launen ihrer Broterzeuger abhängig und darum wird auch ihr Leben von der Sorge um die Zukunft umdüstert.

Diese Mittelstandskreise sind nichts anderes als Zwischengewächse, deren wirtschaftliche Stellung und soziale Gesinnung zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern hin und her pendelt. Dieses Unsichere und Schwankende drückt der ganzen Gruppe seinen Stempel auf. Manche dieser Leute sind aus dem Proletariat hervorgegangen und haben sich emporgearbeitet, sie wurzeln deshalb mit ihrem sozialen Empfinden noch zum Teil in der proletarischen Umwelt und sympathisieren im geheimen mit der modernen Arbeiterbewegung, andererseits sind sie aber auch durch das Vertrauen ihres Prinzipals und eine höhere Entlohnung über ihre ehemaligen Kollegen und Kameraden emporgeschoben und verlieren den inneren Zusammenhang mit ihnen. Andere wieder haben die Brücken hinter sich abgebrochen und mit ihrer proletarischen Vergangenheit abgeschlossen, sie stellen sich mit beiden Füßen auf den goldenen Boden des Kapitalismus und versuchen sogar, durch energisches Auftreten und protegisches Benehmen gegen ihre früheren Mitarbeiter ihre Herkunft auszulöschen und vergessen zu machen; manchmal gelingt ihnen dies nur unvollkommen, weil ihnen die Eigenschaften ihrer Entlohnung trotz allen Bemühens immer noch anhaften. Wieder andere stammen aus den bürgerlichen Mittelständen und fühlen sich dadurch bereits über die gewöhnlichen Arbeiter turmhoch erhaben. Allen aber verleiht ihre Zwittrstellung eine Unsicherheit, die sich in ihrem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Auftreten bemerkbar macht. Besonders in dem sozialen Bewußtsein dieser Schichten muß sich naturgemäß ihre schwankende Lage widerspiegeln. Wenn auch die meisten dieser Mittelstandskreise heute noch mit demonstrativem Nachdruck ihre kapitalistische Gesinnung betonen, so wackelt doch ihr proletarischer Selbstwert und ihre unsichere Existenz nicht selten in ihrem Innern antikapitalistische Eindrücke, die eine bittere Schärfe annehmen, wenn ein Vergleich gezogen wird zwischen den Milionengewinnen der Kapitalisten und den Kleingehältern der leitenden Personen und der Entlohnung der Stehregänger-Proletarier. Dann regt sich auch in dieser Gesellschaftsschicht allmählich eine kritische Idee und es werden Zweifel wach an der Gerechtigkeit und Vernünftigkeit der kapitalistischen Weltordnung.

In sozialpolitischer Beziehung, das heißt in bezug auf die Wandlungen seines sozialen Bewußtseins bietet dieser neue Mittelstand sehr interessante Züge, die die Wechselwirkung zwischen wirtschaftlicher Lage und sozialer Gesinnung deutlich illustrieren. Auch in dem politischen Leben unseres Landes spielt er wegen der Zahl und des höheren Bildungsgrades seiner Angehörigen eine bedeutende Rolle. Und da diese Zahl beständig wächst, wächst auch der Einfluß dieser neuen Gesellschaftsschicht. Es wäre nun ganz falsch, wollte man diese Mittelstände, wie es von überadulierten Genossen geschieht, einfach zu der „einen reaktionären Klasse“ werfen und sie als Feinde der modernen Arbeiterbewegung behandeln, es wäre auch falsch, sie als zukünftige Stützgruppen im proletarischen Kampfe reklamieren zu wollen, weil man auf den Durchbruch des proletarischen Klasseninstinkts rechnet. Noch falscher aber wäre es, wenn man sie als unbeschäftigt mit einer einseitigen Handbewegung beiseite schieben wollte. Die politische Behandlung des neuen Mittelstandes ist ein Problem, das noch seiner theoretischen Erörterung und seiner praktischen Lösung harret, es interessiert uns hier an dieser Stelle aber nicht, wie als Gewerkschafter wollen uns darauf beschränken, die Stellungnahme dieser Mittelstandskreise in den wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart zu untersuchen. Dieses Thema bietet uns deshalb ein besonderes Interesse, weil in manchen Fällen der Ausgang eines Kampfes davon abhängt, ob diese Kreise den Forderungen der Arbeiter sympathisch oder antipathisch gegenüberstehen.

Früher galt es bei uns in Deutschland als eine Selbstverständlichkeit, daß in einem Streite zwischen Kapital und Arbeit die Angehörigen ohne weiteres auf die Seite des Unternehmers traten und dessen Interessen unter allen Umständen hochhielten. Ohne mit der Wimper zu zucken, setzten sie alle ihre Kraft daran, die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtlich verurteilten der organisierten Arbeiter zum Scheitern zu bringen. Es stellte ohne Zweifel viel Dummheit und Eitelkeit in diesem Verhalten, im allgemeinen muß man aber sagen, daß es aus dem angelegenen Pflichtbewußtsein dieser Kreise entsprang. Diese Mittelstände und Verrentenstände des Unternehmertums, wie sie in geschichtlichen Zeiten genannt werden, hielten sich für verpflichtet, lediglich den Vorteil ihrer Unternehmer gegenüber der beschränkten Arbeiterkraft zu wahren, sie fühlten sich als Hüter und Wächter und folgten sich deshalb inständig und ohne Schwermut auf die Seite des Kapitals. Den Unternehmern ergötzte diese Stellungnahme als eine Selbstverständlichkeit und auch die kämpfenden Arbeiter erwarteten gar nichts anderes, was natürlich nicht ansäglich, daß zeitweilig eine große Erbitterung sich zwischen den kämpfenden Arbeitern und der Schatzkammer des Unternehmertums. Die Arbeiter konnten es eben nicht begreifen, daß diese Proletarier in schwarzem Rod und weißer Weste ihren Kollegen im Arbeitsmittel und blauer Bluse in den Rücken fielen und sich als Kundschafter des Kapitals mißbrauchen ließen, trotzdem sie die „Segnungen“ des Kapitalismus doch ebenso sehr an eigenen Leibe verhielten wie jene; sie konnten es auch nicht verstehen, daß diese feinen Leute, die sich turmhoch erhaben dünkten über die gewöhnlichen Arbeiter, sich nicht scheuten, die schonungslossten Verleumdungen zu verbreiten, wenn es sich um Streitarbeit handelte. Aber man konnte sich eben hierüber, die Hoffnung, daß es einmal anders werden würde, wagte sich nur schwach hervor. Und doch beschränken wir heute schon, daß sich eine Wandlung zum Besseren bemerkbar macht, die in ihrer weiteren Entwicklung allerlei erfreuliche Aussichten gewährt.

Die Frauenarbeit in der Metallindustrie.

VI.

Die Frauenfrage eine ökonomische Machtfrage. Etwas von Beatrice Webb erwarten von einem Eingreifen des Staates eine Lösung der ungemein schwierigen Lage der erwerbsfähigen Frauen. Sie selbst sind der Ansicht, daß dies in absehbarer Zeit noch nicht möglich ist. Die heute die Dinge in allen Ländern mit ausgebreiteter Frauenarbeit liegen, ist ein solches Eingreifen auch tatsächlich nicht zu erwarten, aber doch war es in so geringem Maße, daß Reformen nur Bruchstücke darstellen können. Das hat, wie alle großen Fragen in Arbeiterangelegenheiten, einen geschichtlichen Hintergrund. Von jeder dem Staate untergeordnet, ist die Frau auch in der Periode der industriellen Entwicklung mehr als Sklave, denn als freies, über sich selbst bestimmendes Wesen, geschichtlich herangezogen. Der wichtigste industrielle Aufschwung, der in England Ende des 18. und Anfangs des 19. Jahrhunderts eintrat, brachte eine ganz neue geistige Richtung hervor. Die vollständige Freiheit des Individuums wurde proklamiert. Die aufstrebende Kapitalistenklasse hatte schon vorher eine Reihe rücksichtsloser Menschen hervorgebracht, die blindlings alles ihrem Profitinteresse opferten. Waren auch Arbeiter und Arbeiterinnen frei, konnten sie über ihre Person und Arbeitskraft frei verfügen, so unterlagen sie doch als wirtschaftlich Schwächeren der wirtschaftlichen Uebermacht der Unternehmer. Diese aber beeinflussten die öffentliche Meinung. Jede Entscheidung des Staates wurde als Bevormundung empfunden und abgewehrt. Erst zu der Zeit, da die Nation durch die mörderische Ausbeutung der Arbeitskraft gefährdet schien, entschloß man sich zu Gesetzen zum Schutze der Arbeiterinnen. Es war aber eine harte Arbeit, die heutigen Tages noch nicht zur Vollendung gebracht werden konnte. Aber wie man auch nur immer der ungeheuerlichen Ausbeutung zu steuern gedachte, die Lohnfrage, das Grundübel der Frauenarbeit, wurde nicht erfaßt. Wie in England, so in Deutschland. Auch hier hatte die Frauenarbeit ungeheure Folgen gezeitigt. 1869 forderten die Sozialdemokraten auf dem Parteitag zu Eisenach eine Beschränkung der Frauenarbeit. Bald darauf forderte Bischof von Ketteler: „Die Arbeit aller verheirateten Frauen in Fabriken und anderen industriellen Geschäften außer dem Hause ist zu verbieten.“ Ohne Berücksichtigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Zustände forderte er dies zur Erhaltung der Familie, des sichersten Pfeilers der katholischen Kirche. Die Gewerbeordnung vom Jahre 1869 hatte die Gewerbefreiheit und damit die Erfüllung der Wünsche des Unternehmertums nach freier Entfaltung ihrer Kräfte gebracht. Den Arbeitern gab man die Koalitionsfreiheit. Alle waren nunmehr frei. Aber nur scheinbar. Für die Unternehmer bedeutete diese Freiheit Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte zum Zwecke der Produktion, für die Arbeiter bedeutete diese Freiheit des Unternehmers größere Abhängigkeit, die um so mehr wuchs, je mehr die Industrie nach Konzentration drängte. Das Koalitionsrecht war vorerst nur eine Verdrängung der wirtschaftlichen Ungleichheit. Im freien Spiel der Kräfte sollten sich alle messen. Die Veruche, Gesetze zum Schutze der wirtschaftlich Schwächeren zu erlassen, scheiterten an dem Widerstand der Liberalen, die solche Gesetze als einen Eingriff in die Rechte des Individuums ansahen. Erst viel später gelang es, Schutzgesetze für die Arbeiterinnen, als den wirtschaftlich schwächeren Teil der Arbeiterschaft, zu erlangen, die in ihrer heutigen Fassung indessen ebenso wenig ausreichen, wie die englischen. Auch sie lassen die Lohnfrage unberücksichtigt. Und doch ist gerade diese Frage die wichtigste. Hat es nun mehr als ein Menschenalter gedauert, die Gesetzgebung zu Eingriffen zu zwingen, wodurch nur die Gesundheit der Arbeiterinnen einigermaßen geschützt werden soll, so läßt sich ohne Mühe erkennen, daß in absehbarer Zeit es kaum möglich wird, die Forderungen der Arbeiterinnen eine Regelung erfahren würde. Eine gesetzliche Regelung des Frauenlohnes aber ganz allein ist ohne die Regelungen im wohlbestehenden Interesse der herrschenden Klassen. So wird die Frauenfrage eine ökonomische Machtfrage, gerade so wie die Lösung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft für diese eine Machtfrage war und noch ist. Noch steht freilich ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft der Frauenarbeit feindselig gegenüber. Noch steht man in der Arbeiterin die Konkurrentin, die den Mann fortgesetzt verdrängt. Wenn man nur die Frauenlöhne betrachtet, mag dies so scheinen. Die Gründe der niederen Löhne der Arbeiterinnen haben wir schon teilweise kennen gelernt. Wie sich die Arbeiterschaft mit den Maschinen abfinden mußte und in diesen nicht Wegner, sondern Helfer lernen lernte, so muß sich die männliche Arbeiterschaft auch mit der Frauenarbeit abfinden, in dieser eine notwendige Erscheinung unserer Zeit erkennen und sich bestreben, mit den Arbeiterinnen an der Hebung der Lage der gesamten Arbeiterschaft mitzuwirken. Vierzehntägige Frauenrechtlerinnen und auch mehrere Soziologen verließen sich von einer besseren Berufsbildung der Mädchen einen Erfolg zur Hebung der Lage der Arbeiterinnen. Auf der ersten deutschen Konferenz zur Förderung der Arbeiterinteressen am 1. und 2. März 1907 wurde die nachstehende Resolution zu dieser Frage gefaßt: „Die Konferenz hält es ferner für nötig, den Mädchen, ganz unabhängig davon, ob sie vorübergehend oder dauernd beruflich tätig sind, eine den Anforderungen des Berufslebens entsprechende, der männlichen gleichwertige Vorbildung zu gewähren. Auf diesem Wege kann erreicht werden, daß die Arbeiterin nicht mehr auf Grund allgemeiner geringerer Leistung in ihrer Eigenschaft als Frau niedriger entlohnt wird als der Mann. Unter diesem Gesichtspunkt fordert die Konferenz obligatorischen weiblichen Fortbildungunterricht.“ Auch fordert die Konferenz, unabhängig davon, ob das Mädchen später Hausfrau und Mutter wird oder nicht, einen obligatorischen hauswirtschaftlichen Unterricht, damit die Arbeiterin in jeder Lebenslage ihren Lohn in wirtschaftlicher Weise anzunutzen imstande ist.“ In ihrem an sich löblichen Eifer übersehen die guten Leute aber doch manches. Zunächst wird vollständig die Tatsache übersehen, daß die Frauenarbeit sich bisher nur im Großbetrieb erfolgreich zu behaupten vermochte. Der Großbetrieb ist aber auf die ausgedehnteste Zeitarbeit angewiesen, in der eine eigentliche Berufslehre auch von männlichen Arbeitern nur in einzelnen Fällen und Sparten gefordert wird. Wenigstens trifft das auf die meisten Betriebe in der Metallindustrie zu, die bisher sich schon der Frauenarbeit in ausgedehntem Maße bedienen. Die Entwicklung geht aber unmerklich in der Richtung der äußersten Arbeitsteilung weiter, so daß auch für die Männer die Gefahr besteht, durch ungleiche Kräfte noch mehr als bisher verdrängt zu werden. In einer solchen Zeit kann die Frage der beruflichen Ausbildung der Arbeiterinnen nicht ernstlich erwogen werden. Wenn aber für die Frauen eine berufliche Ausbildung verlangt wird, die der der Männer gleichwertig sein soll, so zeugt dies wiederum von einer Unkenntnis der Verhältnisse. Es ist allgemein bekannt, daß die heutige Handwerkslehre eigentlich keine Lehre mehr ist, daß sie erst dann beginnt, wenn der junge Mann als Geselle ins Leben hinaustritt. Wenn also die Berufslehre der Mädchen nur so sein soll wie die der Knaben, dann wäre den Mädchen wirklich noch viel weniger als den Knaben damit geboten. Die wohlgemeinten Verordnungen bleiben also hinter unserer Zeit zurück. Von einer besseren Berufsbildung ist keine Besserung für die Frauen zu erwarten; die einzige Möglichkeit dafür liegt in der Koalition. Dazu bedarf es aber der Aufklärung der Frauen. Wo Frauen neben Männern arbeiten, ist man leicht geneigt, sie als Konkurrentin zu misachten. Zum Teil steht man in ihr nur das Geschlechtswesen und behandelt sie als solches. Das kann der Arbeit für die gemeinsamen Interessen nicht förderlich sein. Die Stärke der Arbeiterorganisationen hat vielfach unter der Zersplitterung der Kräfte gelitten und heute noch vermögen sich nordamerikanische Arbeiterverbände keine ansehnliche Bedeutung und Achtung vor dem Gegner zu erwerben, weil sie in verfehlter Anwendung eines eingebildeten Berufsstandes ungelernete Arbeiter aufstellten. Wenn wir uns der Arbeiterinnen in größerem Maße annehmen wollen, wenn wir ihre Mitarbeit erlangen wollen, dann müssen wir auch all den Eigentümlichkeiten des Weibes Rechnung tragen.

von Schlossern (Ban- u. Kunst-) nach Pforzheim;
 von Silberarbeitern, Schleifern, Galvanisierern und Stahl-
 grabern nach Liegnitz (Fa. Sandig & Co.) St.;
 von Werkzeugenschlossern nach Arnstadt i. Th. (Stanzmesserfabrik
 S. Barth);
 von Innarbeitern nach Krefeld (Firmen Kaiser Sohn und Bitter
 & Gobbers) St.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die über-
 haupt zu weiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; A.: Lohn-
 oder Tarifbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Maß-
 regelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Arbeitsreduktion u. s. v.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung
 eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den
 Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Ver-
 hängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von
 der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen An-
 lässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich
 stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder
 Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen
 Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der
 Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abzustempeln zu
 lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht,
 wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle
 die, die in ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Angedrohte Ausperrung in Berlin.

Aus Anlaß des Formerstreiks haben die Berliner
 Metallindustriellen am 17. November abends be-
 schlossen, am 30. November 60 Prozent der in
 den Betrieben des Verbandes Berliner Metall-
 industrieller beschäftigten Arbeiter auszusperrn,
 wenn bis zu diesem Termin keine Einigung erzielt ist.
 Kommt die Ausperrung zur Ausführung, dann
 werden etwa 65 000 bis 70 000 Kollegen betroffen.

Korrespondenzen.

Diamantarbeiter.

Genua. In einer überaus fruchtbar besuchten Versammlung nahmen
 die Diamantarbeiter Stellung zur Einführung der vertraglich vorge-
 sehenen achtstündigen Arbeitszeit am 1. Januar 1912. Kollege
 Craß erläuterte eingehend die vertraglichen Bestimmungen. Er be-
 merkte, daß in mehreren Betrieben der Achtstundentag bereits durch-
 geführt sei und dieses aus Gründen der Volksgesundheit sich mit
 der Zeit überall durchsetzen werde. Wo der Achtstundentag besteht,
 wurden auf beiden Seiten die besten Erfahrungen damit gemacht.
 Durch intensiveres Arbeiten wurde in acht Stunden dieselbe Leistung
 erzielt, wie vorher in der längeren Arbeitszeit, auch die Qualität der
 Arbeit habe sich eher verbessert als verschlechtert. In der folgenden
 lebhaften Diskussion wurden Bedenken geäußert, bei dem in letzter
 Zeit hier zu verarbeitenden sehr harten Stoff sei wohl die vertrag-
 liche Verkürzung der Arbeitszeit ohne Verdienstaussfall für die Schleifer
 nicht denkbar, und einstimmig wurde beschlossen, eine Kommission
 und die Verhandlungsstelle solle mit den Unternehmern in Verbindung
 treten, um einen Ausgleich herbeizuführen. Wegen der Verhän-
 gung kam mit Zustimmung der ganzen Versammlung zum Ausdruck,
 daß, da die Regierung die deutsche Diamantindustrie bei der Ver-
 arbeitung der in Deutsch-Südwestsafrika gefundenen Diamanten wieder
 einmal in Schwierigkeiten bringen könnte, von einer Ausdehnung der Industrie
 durch Anlernen einer großen Zahl Lehrlinge keine Rede sein könne.
 Es sollen deshalb die Herren Unternehmer befragt werden, wie viel
 Lehrlinge sie einzustellen beabsichtigen, damit beide Organisationen
 darüber in Beratung treten können. — Noch wurde beraten über den
 Beitrag zum Weltbund der Diamantarbeiter, der vierteljährlich 40 S.
 beträgt und durch eine Extramarkte geleistet wird. Es erfahrungsgemäß
 Extrabeiträge immer schlecht zu kassieren sind, war von der
 Geschäftsführung in Vorschlag gebracht, entweder bei den Diamant-
 schleifern eine Einheitsmarke von 85 S. einzuführen, oder jedes Viertel-
 jahr eine Marke von 1,20 M. zu geben. Man beschloß schließlich ein-
 stimmig, hauptsächlich eine 85 S.-Marke zu geben und den kleinen
 Ueberfluß dazu zu verwenden, den Diamantschleifern den Weltbun-
 dbeitrag gratis zu geben, und außerdem jeweils zu Weihnachten den
 Witwen und Waisen von Diamantschleifern, die bis zu ihrem Tode
 Mitglieder waren, eine entsprechende Unterstützung zu gewähren, des-
 gleichen solchen Waisen einen Konfirmationsbeitrag.

Former.

Krefeld. (Die Schattenseiten des Streikbrecher-
 agentenberufes.) Bei der Firma Schroers stehen die
 Metallarbeiter im Streit. Die Firma gibt sich um alle Wähe, Ar-
 beitswillige zu bekommen und hat sich zu diesem Zweck an einen
 Streikbrecheragenten namens Schlichte & Schlichte in Eilen
 gemacht. Vor allen Dingen brachte die Firma eine Anzahl
 Former; wenn auch in Essen alles möglich gemacht wurde, um
 zusammenzufinden, so sind arbeitslose Former doch immer ein rarer
 Artikel. Die Streikbrecheragenten haben aber überall gute Verbindun-
 gen, und so erschien Schlichte-Kohleppel in Begleitung des Kohlen-
 händlers und Kaufmanns Gammann (Witten) in Eindhoven, in dem
 Glauben, weil das Stahlwerk Eindhoven in Standes geraten ist, dort
 eine Anzahl arbeitswilliger Former zu bekommen. Leider waren
 nun in Eindhoven nicht mehr so viele arbeitslose Former vorhanden,
 denn der Agent wollte 22 Mann haben. Es wurde sich aber in
 Witten umgesehen und es glückte auch, 11 Mann zu bekommen, die
 „gewillt“ waren, bei einem Stundenlohn von 68 S., freier Station,
 Bier, Zigaretten und allen weiteren, was eines Streikbrechers Herz
 erstehen kann, mit nach Krefeld zu fahren. Der Herr Agent hatte
 nun versprochen, am Dienstag abend nach der Wähepöhl Stellung
 in Witten zu kommen, wo die Arbeitswilligen abgeholt werden sollte.
 Dieses hatte sich unter den übrigen Former schon herumgesprochen, und weil
 der Herr noch mehr Leute brachte, so erschienen amends noch Feier-
 abend in dem Lokale wohl an 50 bis 60 Former, die alle Lust hatten,
 zu dem glänzenden Angebot mit nach Krefeld zu fahren. Damit die
 Leute auch sehen wollten, daß keine Angaben auf Wahrscheinlichkeit
 und sie bei einer ipleinbaren Firma in Arbeit treten würden, so be-
 stellte der Herr zu viel Bier und Zigaretten, als die anwesenden
 Former nur trinken und rauchen konnten. Natürlich hielt es nicht
 länger, die arbeitslose Anzahl Leute zu bekommen, denn die An-
 zahl war zu groß genug gewesen. Leider waren die Leute nicht
 reifgezügelt, so daß am dem Abend nicht abgeholt werden konnte
 die Firma in Krefeld vergebens warten mußte und das befehlte
 wurde Essen auch wieder kalt geblieben ist. Am anderen Tage wollte
 man sich um 11 Uhr am Bahnhof Witten-Weg zur Abfahrt nach
 Krefeld treffen. Als der Herr nun bezahlen wollte, stellte es sich
 heraus, daß er den Rest der Former nicht mitnahmte, denn die
 Rechnung betrug über 55 M. — und 28 M. hatte der Herr nur in der
 Tasche. Der Freund Gammann sollte nun das fehlende Geld vor-
 schießen, in Begleitung des Wirtes und dessen beiden Frauen ging
 es nun zum Bahnhof nach Hammann. Leider war der Herr nicht
 zu Hause. Man ging es zum Bahnhof. Dort traf der Agent seinen
 Freund und Herrscher Herr Geiser an Essen. Derselbe war so
 gutmütig und half auch der Frau, indem er dem Wirt einen
 Wechsel auf 100 M. ausstellte. Am anderen Morgen sollte der Wechsel
 wieder eingelöst werden. Die beiden Agenten erschienen auch am
 anderen Tage, der Wechsel konnte aber nicht eingelöst werden, weil
 wegen des inoffiziellen Feiertages in Essen die Banken geschlossen
 waren. Der Wirt wurde noch immer, ein gutes Papier in der
 Tasche zu haben und ließ den Ansteller bestehlen wieder gehen.

Der andere Agent, der die Sache gemacht hatte, war vorsichtigerweise
 in einer anderen Wirtschaft eingeleitet. Kurz nach 11 Uhr kamen auch die
 „arbeitswilligen“ Former am Bahnhof an, um mit nach Krefeld zu
 fahren, leider hatte keiner Papiere bei sich und so wurden dieselben
 beauftragt, erst ihre Papiere zu holen, ganz gleichgültig, und wenn
 es auch ganz alte Papiere wären. Nur einer „brauchte keine Papiere,
 der machte einen viel zu vertrauensvollen Eindruck. Um 1.15 Uhr
 sollte dann nach Essen und von da nach Krefeld gefahren werden.
 Kurz vor Abgang des Zuges wurden die Hoffnungen der beiden
 Agenten jämmerlich zerstört. Der am Bahnhof anwesende Geschäfts-
 führer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollege G e r t,
 hielt den beiden Agenten ihre schmutzige Handlungsweise vor Augen,
 und als sich noch der vertrauenswidernde Former als der Verbands-
 beamte D e m i t z e r entpuppte, da ergriffen die beiden Agenten
 unter großem Lärm der Anwesenden die Flucht. Der Wirt hatte
 unterdessen auch erfahren, daß sein „gutes Papier“ ziemlich wertlos
 war, denn der Herr Geiser, der früher Steinbruchbesitzer, dann Bier-
 reisen, nachher Automatenreisender war und jetzt sich zum Streik-
 brecheragenten entwickelt hat, hat dem Wirt nicht die Gewähr, daß,
 wenn auch die Banken in Essen geöffnet wären, er zu seinem Gelde
 kommen würde. Als der Wirt nun mit zwei Polizeibeamten heran-
 rückte, damit sich die Herren legitimieren sollten, waren die Vögel
 bereits verduftet. Nach langem Suchen wurden sie am Bahnhof
 Witten-Weg auf der Straßenbahn entbedt und von den Polizeibeamten
 aufgeführt, zur Wähe zu kommen. Dort stellte sich Herr Schlichte-
 Kohleppel auf den Standpunkt, er hätte so viel nicht bestellt und
 brauche deshalb nicht zu zahlen. Als aber durch Zeugen das Gegen-
 teil bewiesen wurde, wurde die Firma Schroers in Krefeld tele-
 graphisch aufgefordert, dem Wirt 55 M. zu überweisen. Die Firma
 Schroers wollte wahrscheinlich erst More sehen und ließ nichts von
 sich hören. Schließlich wurde dann Freund Gammann als Bürge
 gestellt, und nachdem derselbe sich verpflichtet hatte, eventuell das
 Geld zu zahlen, wurden die beiden Agenten, nachdem sie ungefähr
 vier Stunden auf der Polizeiwache zugebracht hatten, entlassen. Die
 Herren werden noch lange an Witten denken. Zu wünschen wäre,
 daß es sämtlichen Agenten so erginge, dann würden nicht so viele
 vertrackte Existenzen sich diesem schmutzigen Geschäft zuwenden.
 Sollen sie werden die Herren, wenn sie wieder auf die Suche nach
 Arbeitswilligen gehen, sich etwas mehr Geld einstecken.

Kendzburger-Büdelndorf. Der Streik auf der Carlshütte
 bei Kendzburger dauert fort und hat insofern eine Erweiterung er-
 fahren, daß er sich außer auf die Eisereien, nun auch auf die
 übrigen Abteilungen des Betriebes ausgedehnt hat. Auch die Holz-
 arbeiter, Maurer und Zimmerer, die allerdings nur in verhältnis-
 mäßig geringer Zahl in Betracht kommen, haben den Betrieb ver-
 lassen. Jetzt ist die Direktion mit ihrer gelben Garde allein. Aber
 auch dieser scheint man nicht mehr sicher zu sein und so hat sich die
 Direktion veranlaßt gesehen, die lieben Gelben etwas aufzumuntern,
 damit sie ihr verräterisches Treiben gegen die organisierten Arbeiter
 fortsetzen. Sie hat Karten drucken lassen und diese jedem „Gelben“
 ausgehändigt. Auf diesen Karten heißt es zunächst: „Es geht das
 Gerücht, daß die Ausständigen wieder bedeutende Anstrengungen
 machen wollen, Euch und Eure Familien mit hineinzuziehen.“ Dann
 heißt es in großen blauen Buchstaben: „Mitglieder des Werkvereins!
 Haltet jetzt zusammen. Laßt Euch nicht einschüchtern. Euer Recht
 ist unantastbar. Eure Zahl ist eine machtvolle, wir stehen zu Euch.
 Braucht Euer Hausrecht; weilt ungeliebten Gästen höflich, aber be-
 stimmt die Tür. Die Direktion.“ Wie daraus hervorabgeht, rednet
 die Carlshütte damit, daß ihr auch die Gelben noch habonlaufen.
 Auch mit der Heranziehung von anderen Arbeitswilligen will es nicht
 glücken. Kam auch zunächst ein größerer Trupp an, so beschließen die
 meisten den Betrieb jedoch wieder und andere wurden von der
 Direktion selber entlassen, weil sie nur Unfug verübten. Jetzt ver-
 sucht die Direktion, jedoch bisher mit dem gleichen Mißerfolg, Ar-
 beiter vom Lande für ihren Betrieb zu erhalten. Auch den Arbeitern
 der Abteilungen, die jetzt in den Streit mit hineingezogen oder auch
 wegen Fehlens des Gehüres geblieben sind, wurden die Wohn-
 wohnungen gekündigt, sie haben sie wieder verlassen müssen. Es ist
 jedoch gelungen, auch diese Arbeiterfamilien anderweitig unterzu-
 bringen. Zugang von Arbeitern aller Branchen ist nach wie vor streng
 fernzuhalten!

Gravure und Ziselare.

Magdeburg. Wir melden kürzlich den Ausbruch von Diffe-
 renzen in den beiden hiesigen Geschäftszweigen der Gold- und Silber-
 Gravireranstalt normalis E. Koch, hatten die Kollegen
 Anträge auf Lohn- und Arbeitszeitverbesserung gestellt, die besonders
 auch mit der herrschenden Notlage begründet wurden. Von der
 letzteren Firma erhielt die Verbandsleitung über Berlin, das heißt
 durch den Vorstand des Bundes selbstständiger Gravure, Mittelung,
 daß jede Verbesserung abgelehnt werde, worauf die Kollegen
 sämtlich, einschließlich der Nichtgravure, ihre Kündigung einreichten.
 Dasselbe geschah auch bei Dornemann & Co., wenn auch hier eine
 scharf ablehnende Stellung nicht eingenommen worden war. Der
 Vorstand des Bundes setzte unmittelbar im Einverständnis mit unserer
 Organisation und den beteiligten Kollegen eine Versammlung an, die
 am 31. Oktober in Magdeburg stattfand. Von den Unternehmern
 nahmen außer den beteiligten Firmen noch zwei hiesige Prinzipale
 und als Vertreter des Bundes die Herren C. G e p n e r (Berlin)
 und L o h r (Leipzig) teil, von den Arbeitern je eine Deputation
 beider Geschäftszweige und je ein Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-
 Verbandes und des Gewerksvereins. Die Verhandlungen hatten kein
 direktes Ergebnis, immerhin kam es zu ganz interessanten Ausein-
 andersetzungen, die nicht ohne Einfluß auf die an den folgenden
 Tagen stattgefundenen Verhandlungen waren, die jedes Geschäft für
 sich besonders hatte. Das Ergebnis war, daß mit Einschluß der
 Zulagen, die bereits in diesem Jahre erfolgten, folgende Verbesserun-
 gen vorgeschlagen wurden: für die Lohnarbeiter Lohnverhöhung
 pro Woche bei Dornemann & Co.: 4 Kollegen 4,50 M., 19 Kollegen
 3 M., 2 Kollegen 2 M., 12 Kollegen 1,50 M.; Magdeburger Gravirer-
 anstalt: 4 Kollegen 4 M., 13 Kollegen 3 M., 2 Kollegen 2,50 M.,
 18 Kollegen 2 M., 8 Kollegen 1 M. Der Wunsch nach ansehnlicher
 Streubeite soll nicht unter 21 M. betragen, bei 51stündiger Arbeits-
 zeit. Ferner wird den Arbeitern der Preis für die Schrift-
 führung aufgeführt bei Dornemann & Co. von 25 S. bis 1 M., in der
 Magdeburger Gravireranstalt von 25 S. bis 2 M. Damit haben sich
 die Kollegen in einer gemeinsamen Versammlung zufrieden, sie lehnten
 aber einmütig die Bedingung ab, wozu Sicherheit gegeben
 werden sollte, daß in den nächsten fünf Jahren keinerlei Lohnverhö-
 rungen von der Gesamtgewerkschaft gelehrt werden. Diese Be-
 dingung ist demnach von beiden Prinzipalen zurückgezogen worden, so
 daß die Bewegung als abgeschloffen gilt. Diese hatte noch einen
 Nebenresultat. Die Bauamtsdirektion von Magdeburg,
 deren Personal nur zum kleinen Teil aus Gravuren besteht, hatte
 noch die 51stündige Arbeitszeit. Diese wurde nach Rücksprache unseres
 Verbandsbestandes mit dem Chef der Firma auf 56 Stunden herab-
 gesetzt. Der Wochenlohn erfährt dadurch keine Reduzierung.

Heizungsmonteur.

Stettin. (Tarifstreitigkeiten.) Bei der fort-
 währenden sich steigenden Anzahl von Tarifverträgen macht sich auch
 immer mehr die Eigenartigkeit bemerkbar, die richtigen Personen oder
 Institutionen zu finden, die über die verhandelnden Tarifstreitig-
 keiten zu entscheiden haben. Jeder, der mit Tarifverträgen halbwegs
 vertraut ist, weiß, daß Tarifstreitigkeiten zu höchsten oftmals
 kürzlicher als einem neuen Tarif abzumachen. Punkte, über
 die die Parteien, die den Tarif abgeschlossen haben, mit Leichtig-
 keit hinweggelassen sind, weil sie glauben, sie könnten niemals zu
 Streitigkeiten führen, werden nachher von denen, die sich an Tarif-
 streitigkeiten nicht gewöhnen können, zum Ausgangspunkt be-
 trüger Streitigkeiten gemacht. Daran ergibt sich auch, daß man heute
 bei Tarifverträgen schon genau festsetzen muß, wie bei der
 Befolgung. Gleich nach dem Tarifabschluss gibt man nämlich
 schon einen Kommano heraus, der an Anfang den Tarifvertrag
 bei weitem übertrifft. Bei der Anbahnung der Parteien, die über die

Bestimmungen des Tarifvertrags zu entscheiden haben, kommen die
 Arbeiter gewöhnlich zu kurz. Es wird sich da auf eine Person ge-
 einigt, die beiden Parteien am meisten sympathisch erscheint. Ist es
 schon schwer, wie wir anfangs sagten, solche Personen zu finden, so
 haben die Arbeiter aber auch in fast allen Fällen noch in den Kauf
 zu nehmen, daß diese Personen aus einem ganz andern Milieu her-
 vorgegangen sind als die Arbeiter und sich deshalb sehr schwer in
 Arbeits- und Tarifangelegenheiten hineinfinden können. Ungelegen-
 heiten, worauf die Arbeiter und auch die Gewerkschaften den größten
 Wert legen, werden mit einer Leichtigkeit abgetan, die einfach strap-
 pierend ist. Dieses mußten auch die Heizungsmonteure von Rhein-
 land und Westfalen durch einen Schiedspruch des Herrn Justizrats
 S a u e r (Vorsteher des Kölner Gewerbegerichts) erfahren. In
 dem am 27. September 1910 abgeschlossenen und am 1. Januar 1911
 in Kraft getretenen Tarif für das Heizungsgerätee von Rheinland
 und Westfalen lautet der § 11: „Ergeben sich aus diesem Tarif-
 vertrag Streitigkeiten, die durch eine Aussprache zwischen der Orga-
 nisationsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und dem
 davon betroffenen Arbeitgeber beziehungsweise der Organisations-
 leitung der Arbeitgeber nicht erledigt werden können, so soll das am
 Orte des Arbeitgebers befindliche Gewerbegericht als Einigungsamt
 angerufen werden. Die Parteien sind verpflichtet, vor dem Ein-
 igungsamt zu erscheinen und je zwei Beisitzer zu ernennen. Das
 Einigungsamt entscheidet endgültig.“ Nach diesen Bestimmungen
 brachte die Firma Fröhlich in Köln zwei Punkte zur
 Entscheidung des Einigungsamtes. Dieser Streitpunkte lauten wie
 folgt: „Erstens ist der Arbeitgeber verpflichtet, die Landzulage nach
 § 4, Abs. 1 auch dann zu zahlen, wenn er an einem Orte, außer-
 halb seiner Niederlassung, einen dort wohnenden Monteur für an-
 diesem Orte auszuführende Arbeiten einstellt. Zweitens ist die schil-
 lose Kündigung gemäß § 7 des Tarifvertrages auch bei Arbeits-
 arbeits zulässig.“ Bei beiden Punkten „am es außer dem Wortlaut
 des Tarifes nun in der Hauptsache auf die Interpretation des
 Tarifvertrages durch die abschließenden Personen an. Deshalb wurde
 in der ersten Sitzung, nachdem die Parteien ihren Standpunkt dar-
 gelegt hatten, beschlossen: zwei Unternehmer und zwei Arbeiter, die
 den Tarif mit abgeschlossen hatten, als Zeugen zu vernehmen. Man
 einigte sich auf die Herren K o l b e n b a c h (Düsseldorf) und B o o s
 (Köln) von den Unternehmern und auf die Kollegen B r ü c k i n g
 (Elsfeld) und S c h e u f e l e (Köln) als Arbeiter. Diese Zeugen
 sagten nun übereinstimmend das aus, was der Kollege
 G a a s als Vertreter unserer Organisation von den Tarifverhand-
 lungen in Düsseldorf gesagt hatte, nämlich: daß es der Wille der
 vertragsabschließenden Parteien gewesen sei, lediglich die Niederlassung
 des Unternehmers als den Ort zu betrachten, wo keine Landzulage
 zu zahlen sei. Die Wohnung des Monteurs spielt im ganzen Tarif
 nur ein einzigesmal eine Rolle und dieser Fall ist genau angegeben.
 Zum zweiten Punkte sagten die Zeugen aus: daß Kündigung bei
 Lohn- wie auch bei Arbeitsarbeiten ausgeschlossen sein sollte. Nach
 dieser klaren Aussage, die von den Herren Unternehmern noch mit
 viel größerer Schärfe und Genauigkeit als von unseren Kollegen
 gemacht wurde, glaubte jeder, die Sache wäre zugunsten der
 Firma Fröhlich entschieden. Aber weit gefehlt! Herr Justizrat
 S a u e r gab den Ausschlag, er sagte: „Die vier Zeugen
 haben mich in meiner Ansicht nicht umstimmen
 können, ich stehe auf dem Standpunkt, daß dem
 Arbeitnehmer dort, wo er wohnt, keine Land-
 zulage zusteht. Zum zweiten Punkte muß ich
 sagen, daß es der Wille der abschließenden Par-
 teien war, bei Lohn- wie bei Arbeitsarbeiten eine
 Kündigung auszuschließen.“ — Nach dieser Entschei-
 dung war alles sprachlos, denn jeder sagte sich: Welche Logik! Im
 ersten Punkte sagt Herr Sauer: Die Zeugen haben mich nicht um-
 stimmen können, und zum zweiten Punkte heißt es: Ich gebe zu,
 daß dieses der Wille der abschließenden Parteien war. Laßt
 Herr Sauer den Willen der abschließenden Parteien, wie es doch
 auch nur einzig und allein richtig sein kann, beim zweiten Punkte
 zur Geltung kommen, warum dann nicht auch beim ersten? Die
 Meinung des Herrn Sauer kann doch bei einer derartigen Ent-
 scheidung keine Rolle spielen, sondern nur die Meinung des Ge-
 setzgebers, in diesem Falle der tarifabschließenden Parteien. Von den
 12 Unternehmern und Arbeitern waren aber 7 an der Einigungs-
 scheidung beteiligt und alle 7 sagten aus, daß Landzulage außerhalb
 der Niederlassung des Unternehmers gezahlt werden müsse. Die
 Firma Fröhlich und Herr Sauer hatten sich demgegenüber auf fol-
 gende Stellen des Tarifes berufen: „§ 4. . . eine Zulage für
 W e k s i g u n g u n d U e b e r n a c h t e n . . .“ und auf Post. 11
 des Tarifvertrages, wo es heißt: „Findet die Montage im Orts-
 bestellort des Arbeitgebers statt, so ermäßigt sich die Endsumme
 der Arbeitsrechnung um 10 Prozent. Das gleiche findet
 dann statt, wenn auf Veranlassung des Arbeit-
 gebers der Monteur einen andern Wohnort
 nimmt und an diesen Orten Montagen aus-
 führt.“ Demgegenüber betonten alle Personen, die an dem Tarif-
 abschluss teilgenommen hatten, daß der Passus im Tarifvertrag
 für den Fall Geltung hätte, wo bei einer größeren Montage in der
 Sauer von ein bis zwei Jahren der Monteur auf Veranlassung der
 Firma und unter Bezahlung der Umzugskosten dort seinen Wohnort
 nähme. Kollege G a a s führte weiter aus, daß mit den Worten in
 § 4: „eine Zulage für W e k s i g u n g u n d U e b e r n a c h t e n“ nicht der Wohn-
 ort des Monteurs getroffen werden solle, gehe aus dem zweiten
 Passus des § 4 deutlich hervor, es heißt dort: „Helfer, die vom Ar-
 beitgeber nach außerhalb geschickt werden, erhalten, wenn sie nicht
 an der betreffenden Montagestelle ortsanfällig sind, eine
 Zulage . . .“ Hier möchte man also den Helfer von der Zulage
 für die Orte, wo er ortsanfällig ist, aus, warum nicht auch den
 Monteur? Weil man nicht die Absicht dazu hatte, und daß man es
 tatsächlich nicht gewollt hat, geht auch daraus hervor, daß vor dem
 Tarifabschluss und auch nach demselben die größten Heizungsfirmen
 von Rheinland und Westfalen so bezahlt haben, wie hier die Zeugen
 bekundet haben, daß auch heute noch bezahlt werden soll. Viele Aus-
 führungen wurden ebenfalls von den Zeugen bestätigt, aber trotzdem
 ein derartiger Schiedspruch! Gegen diesen Spruch können wir, da
 das Einigungsamt endgültig entscheidet, nichts machen. Aber es ist
 an der Zeit, daß die, die den Tarifvertrag abgeschlossen haben, zu-
 sammentreten und sagen, ob denn ihr Wille, der Wille des Gesetz-
 gebers, nicht zur Geltung kommen soll! Das eine steht heute schon
 fest: die Arbeiter werden sich mit dieser Tragik, wenn sie durch-
 geführt werden sollte, so leicht nicht abfinden.

Güttenarbeiter.

Osabrück. In den Num. 44 und 45 der Metallarbeiter-Zeitung
 berichteten wir über die Wiederaufnahme der Bewegung der Arbeiter
 des Stahlwerks. Am Montag den 23. Oktober fanden die
 Verhandlungen zwischen dem Arbeiterausschuß und der Direktion
 statt. In Verfolg dessen ist dann durch Anschlag bekannt gegeben
 worden, was den Arbeitern als Zulagen gewährt werden soll. Eine
 zum Sonntag den 29. Oktober nach dem Lokal Vernehmamt einbe-
 rufene Versammlung nahm hierzu Stellung. Das Arbeiterausschuß-
 mitglied B e s t p h a l i n g e r berichtete über die Verhandlungen.
 Die Direktion habe auf dem Standpunkt gestanden, daß man es sich
 wohl erlauben könne, in die Einzelheiten einzugehen, da durch An-
 schlüsse alles bekanntgegeben würde und der Ausschuss in die Verhält-
 nisse der einzelnen Betriebe doch nicht eingeweiht sei. Vom Kollegen
 E h l e m a n n wurde nun die Stellung des Verbandes präzisiert.
 Er führte ungefähr folgendes aus: Die Bewegung sei der Anknüpfung
 der traurigen Lage der Stahlwerker. Durch die Maßnahmebewegung
 sei dem auch in den anderen Betrieben das Frängen nach Verbesse-
 rungen gekommen, besonders als man die Maßwerke nach drohender
 habe. Es habe dann nur an einem Seidenfaden gehangen, daß es
 nicht zum Kampfe gekommen sei. Heute könne man wohl mit Zug
 und Recht behaupten, daß auch ohne Streik ein Teil der Wünsche
 der Arbeiter erfüllt sei. Wenn man bei der weiteren Erfüllung der
 berechtigten Forderungen auf Schwierigkeiten stoße, käme der Streik
 immer noch zeitig genug, den man als letztes, nicht aber als bestes

Mittel ansehe. Derselben Meinung sei die allgemeine Stahlwerks-
 arbeiterversammlung gewesen, die kurz nach der Abstimmung gefagt
 hätte. Diese habe zugestimmt, als er damals gefagt habe: Was wir
 vor der Abstimmung über den Streik ausgeführt haben, war kein
 Bremsen, sondern lediglich eine Schilderung der Konsequenzen, die
 eintreten könnten, wenn es zum Streik kam. Leider muß ich hierbei,
 führte der Redner weiter aus, eine Behauptung des christlichen Herrn
 Sopp freisetzen, die er am Freitag in der Osnabrücker Volkszeitung
 aufgestellt, wonach wir gebremst haben sollen. Wird dieser Behauptung
 nicht widersprochen, so kolportiert man sie morgen als Wahrheit, weil
 sie nicht widerlegt worden sei. Nicht der aber wahre die Interessen
 der Arbeiter, der sich in Schindereien ergebe oder gar scham mache,
 sondern der Gewerkschaftsbeamte vertritt die Interessen der Arbeiter
 am besten, der, selbst wenn es einigen Selbsthormen nicht paßt, bei
 jeder Bewegung sagt, wie es kommen kann. Ich habe stets meinen
 Ehrgeiz darin gesetzt, die Interessen der Metallarbeiter zu vertreten,
 nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Zu diesen Taten
 gehören auch die Ausführungen vor dem Streik. Die Behauptungen
 Sopp seien also nicht den Tatsachen entsprechend. Soweit wollte er
 heute auf das Wortkommis eingehen, das heute hier die Einigkeit
 gepredigt wurde, aber zehn Minuten von hier weg eine Versammlung
 stattfand, die den vorläufigen Kampfesabschluß gegen uns bringen
 sollte. Wie sind die Zugeständnisse nun zu bewerten? Im Reife-
 haus betrug der Schichtlohn bis jetzt 3,45 M., vom 1. November
 an soll er 3,84 M. betragen, hinzu kommt dann noch eine Prämie
 von 10 bis 20 S. pro Tag. Kesselwärter sollen 3,96 M. erhalten.
 Für Ueberstunden soll es 2 S. mehr geben, für Sonntagsarbeit pro
 Stunde 15 S. mehr. Unverkündet sei es, daß man dem Arbeiter
 die Sonntagsprämie wieder dadurch nehme, indem für Wechselschicht
 solche nicht gewährt werden soll. Mühte doch jeder von diesen Ar-
 beitern auch Sonntags darauf verzichten, im Kreise der Familie
 einige Stunden zu verleben. Deshalb würde die Forderung aufrecht-
 erhalten. Im Martinerk ist der Stundenlohn durchschnittlich
 um 3 S. erhöht. Für Ueberstunden noch um weitere 2 S., Sonntags-
 arbeit wird mit einer weiteren Erhöhung vergütet. Für Kammer-
 und Kanäle-Anstandsarbeiten werden in Zukunft anstatt 30 S. 40 S. pro
 Stunde gezahlt. Schlecht abgeschrieben haben dort noch die Arbeiter
 des Blocktransports. Bei den Erhöhungen in der U-
 fage zeige sich wieder die Tendenz, dem Arbeiter keine Antwort
 auf einen bestimmten Lohn zu geben. — Die Zulagen bewegen sich
 in einigen Betrieben zwischen 5 bis 40 S. pro Tag. — Andere Be-
 triebe seien vollständig leer ausgegangen, wie Galvanoplastenfräser und
 Putzer. Nach den Anschlägen könnte man für eine Arbeit pro Stunde
 30 S., aber auch, wenn man artig sei, 38 S. bekommen. Wie in der
 Schienenabfuhr, so sei es auch im sogenannten Betriebe „Kamerun“.
 Man habe die Affordpreise meist dort erhöht, wo wenig Artikel her-
 gestellt werden. Hier mühte unbedingt noch etwas geziehen. Eben-
 so habe die Direktion in der Schraubenfabrik keine Verbesserung ge-
 währt. (Wie in der Diskussion festgestellt wurde, sind hier vor kurzem
 sogar noch Abzüge gemacht worden.) In der Schienenabfuhr gebe
 es immer noch Afforde, bei denen bis zu vier Stunden Lohn zuge-
 schrieben werden müßten. Im Walzwerk sei ein Teil der Afforde
 annehmbar verbessert, aber von dem 30 S. Stundenlohn könne die
 Leitung immer noch nicht lassen. Besonders mühte hier für die
 Baukolonne noch eine Regelung getroffen werden. — In der Dreherei
 seien verschiedene Regelungen vorgenommen, denen die Arbeiter zu-
 stimmen könnten. Und zwar sollen den an zwei Bänken arbeitenden
 Drehern die Lehrlingslöhne nicht mehr in Abzug gebracht werden.
 Wenn wegen Materialfehler ein Stück Ausschuß wird, soll die darauf
 verwandte Zeit mit dem Durchschnittslohn der letzten drei Monate
 vergütet werden. Eine Ungeheuerlichkeit sei es aber, daß, wenn
 durch irgendwelche Versehen — was in der Dreherei und ihren
 Einrichtungen nur zu menschlich sei — ein Arbeitsstück „wrad“ würde,
 es mit dem ganzen Verlust des Lohnes gebüßt werden solle. Diese
 Bestimmung müsse fallen, koste es, was es wolle. Der Stundenlohn
 ist allgemein auf 35 S. festgesetzt, für Arbeiter unter 21 Jahren auf
 32 S. Jeer seien vorläufig noch die Schlosser ausgegangen. Ueber-
 stunden sollten mit 2 S., Sonntagsarbeit mit 15 S. pro Stunde ver-
 gütet werden. In der Stahlgießerei seien die Arbeiter eben-
 falls leer ausgegangen, denn die Ueberstundenbezahlung läme fast
 nicht in Betracht. Hierbei wäre noch zu berücksichtigen, daß die
 Forme heute circa 300 M. weniger pro Jahr verdienen als früher.
 Im Eisenbahnbetriebe beträgt die Erhöhung 2 bis 4 S. pro Stunde,
 bei den Maschinenbauern 2 bis 5 S., bei den Maurern und Zimmerern
 2 S. und bei den Erdarbeiter 3 S. Jeer ausgegangen seien ferner
 die Arbeiter der Steinfabrik. In der Schmiede seien die Afforde um
 3 Prozent erhöht worden. Der Lohn der Hilfsarbeiter über 21 Jahre
 sei auf 35 S. festgesetzt, für Schmiede betrage er aber immer noch
 32 S. Auch solle es dort nichts für Ueberstunden geben. In der
 Sackdreherei seien für fünf Mann die Afforde erhöht worden,
 für Maschinenarbeiter solle es in Zukunft anstatt 30 35 S. geben. Im
 Hammerwerk und Pfeilwerk ist ebenfalls der Stundenlohn auf 35 S.
 festgesetzt und die Afforde um 3 Prozent erhöht worden. Können wir,
 wo fragte Zielemann, zufrieden sein? Nein! Wohl ist erreicht,
 daß im Prinzip Ueberstunden und Sonntagsarbeit entschädigt wer-
 den, wohl hat ein Teil der Arbeiter ins Gewicht fallende Erhöhungen
 erhalten; ein anderer Teil der Arbeiter ist aber um eine Entschädigung
 reicher. Konnte es anders sein? Nein. Die Direktion hat allein ent-
 schieden; sie hat den Arbeiterauschuss ignoriert. Darin liegt unsere
 Schwäche. Aber mit einem Schlag fällt kein Baum. Den Streik
 zu empfehlen, wäre jetzt unklug. Andererseits aber darf
 die Bewegung nicht früher beendet werden, als bis alle Arbeiter zu ihrem
 Rechte gekommen sind. Es wird deshalb vorgeschlagen, daß jetzt
 betriebsweise vorgegangen und erst dann die Bewegung beendet wird,
 wenn überall eine Einigung erzielt sei. Letzten Endes haben wir
 den Streik noch zur Hand. — Der Vertreter des Gewerkschafts war
 am Erscheinen verhindert, war aber mit der einschlägigen Tatit
 einverstanden. Eine gleichlautende Erklärung gab der Vertreter der
 Maschinen und Heizer ab. Der schon in Nr. 45 gekennzeichnete
 Christliche Zopp stimmte ebenfalls zu, wagte aber in dreifacher Weise
 noch hinzuzufügen, daß sie Schulter an Schulter mit uns kämpfen
 wollten. Dies konnte die Arbeiterchaft nicht anders als eine Ver-
 höhnung auffassen, da zur gleichen Stunde, ungefähr 5 Minuten
 vom Versammlungsort entfernt, eine Versammlung der „Christ-
 lichen“ tagte, in der uns der Bezirksleiter des „christlichen“ Metall-
 arbeiterverbandes, S r i t t i e f e r, maufsetzt zu reden versuchte. Kol-
 lege Groos wies auf diese ungeheuerliche Tatsache hin, daß man
 hier im Saale uns Waffenbrüderlichkeit gelobe, und wenige Minuten
 entfernt in den Räden falle. Diese unehrliche Bundesgenossen
 suchten sich damit herauszureden, daß sie schon vor vier Wochen die
 in Nr. 45 gekennzeichnete Versammlung festgesetzt hätten. Es herrschte
 deshalb in unserer Versammlung begriffliche Erregung, die sich da-
 durch noch steigerte, daß Zopp es wagte, von dreifacher Kapitulations-
 weise und minderwertiger Geistesverfassung der Versammlungsteil-
 nehmer zu reden. Dieser große Stratege mußte sich aber noch zwei-
 mal der Uge zeigen lassen, die Stäubung, die ihm deswegen zu-
 teil wurde, wird er so leicht nicht vergessen. — Die Ausführungen
 über die G e o r g s m a r i e n h ü t t e in Nr. 44 sind in einigen
 Punkten zu berücksichtigen. Bei dem für die einzelnen Kottagorien des
 Martinerkes festgesetzten Anteil an jeder Tonne Stahl soll es nicht
 heißen pro Tonne 1,53 M. und 1,25 M., sondern 1,53 S. und 1,25 S.;
 ein Schrottkübel 0,26 S.

Metallarbeiter.

Essen (Ruhr). Am Nachbarort W o r b e d liegt die Vorbesitzer
 Maschinenfabrik, die Maschinen und Maschinen für Dampfmaschinen
 herstellt. Nach langen Bemühungen ist es gelungen, in Gemein-
 schaft mit dem christlichen Metallarbeiterverband, für die Arbeiter
 dieser Fabrik einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Arbeitszeit ist
 von 10 auf 9 1/2 Stunden täglich verkürzt, die Stundenlöhne sind er-
 höht und Aufschläge für Ueberstunden von 25 Prozent, für Nacht-
 arbeit von 9 Uhr abends an 50 Prozent und für Sonntagsarbeit
 100 Prozent im Verträge festgelegt worden. Außerdem sind sonstige
 Verbesserungen in bezug auf das Afford- und Lehrlingswesen erreicht
 worden. Die Arbeiter werden jetzt davon überzeugt worden sein,

daß nur Einigkeit zum Ziele führt und nur mit Hilfe der Organi-
 sation ihre Lage verbessert werden kann. Nun ist es eine absolute
 Notwendigkeit für die Arbeiter, an der Organisation festzuhalten, da-
 mit das Ergründen nicht wieder verloren geht.

Heiligenstadt. Am 28. Oktober fand hier eine öffentliche
 Metallarbeiterversammlung statt, über die, wie vorauszu sehen war,
 im Stich-Dunderschen Regulator entfällt berichtet wird. Es trifft
 nicht zu, daß von den Vertretern der freien Gewerkschaften in der
 Versammlung Standal gemacht worden ist, auch kann man nicht von
 Gewalttätigkeiten reden. Was ist denn eigentlich in dieser Versamm-
 lung vor sich gegangen? Die Anwesenden verlangten, daß die Wahl
 eines Bureaus vorgenommen werde, da sie dem Größeren der Ver-
 sammlung nicht zutrauten, daß er den Vorsitz unparteiisch führen
 werde, falls die Ausführungen des Referenten eine Diskussion ver-
 ursachen sollten. Die Versammelten hätten vielleicht auch nichts da-
 gegen gehabt, wenn ein anderes Mitglied des Gewerkschafts den
 Vorsitz übertragen bekommen hätte. Nur wollten sie sich nicht unter
 die Anordnungen eines Mannes stellen, der Mitglied des sozialdemo-
 kratischen Vereins ist und gleichzeitig dem Stich-Dunderschen Gewerks-
 zentrum, also einer Organisation angehört, die von ihren Gründern
 nur zu dem Zweck ins Leben gerufen worden ist, um der Sozial-
 demokratie Abbruch zu tun. Der Leiter muß also in einer von den
 beiden Vereinigungen, denen er angehört, heucheln. Mit solchen
 Leuten haben korrekter denkende Menschen nicht gern etwas zu tun
 und sie gingen deshalb freiwillig aus der Versammlung. Die Zurück-
 gebliebenen, es waren 13 Personen und noch 2 „Christen“, sollen nun
 „aufgeatmet“ haben, als die Leute gingen, die mit der Leitung nicht
 einverstanden waren. Aufgeatmet werden jedenfalls nur die Leitung
 und der Referent haben, denn es konnte nun doch, ohne eine Dis-
 kussion beschließen zu brauchen, strupplos gegen die „roten Genossen
 der Gewerkschaften“ losgewettert werden. Vor den „Christen“ braucht
 man sich nicht zu fürchten, da man mit ihnen ja einen Pakt geschlossen
 hat. Festgestellt sei hiermit, daß bei der Geschäftsordnungsdebatte
 ein „Geschrei“ nur vom Leiter der Versammlung gemacht wurde, denn
 dieser hatte sich einen Kaiserstuhl zu eigen gemacht. Interessant
 ist es auch, daß man dem Vorsitzenden Energie nachrühmt, den Pro-
 testlern aber für ihre Vertretung einer demokratischen Forderung —
 die Mehrheit aber für gestellte Anträge entscheiden zu lassen — Gewalt-
 tätigkeit nachsagt. Der Abbruch „mühte Gesellschaft“ möge dem Ver-
 richterfaktat geschenkt sein, denn wer den Grundpakt vertritt: Ver-
 leumde nur draußlos, etwas bleibt doch hängen, denn ist es egal, ob
 er seinem Gegner eine Lüge oder eine Gemeinheit mehr oder weniger
 nachsagt.

Offenburg. Ein Parado ist die Firma G e b r. V i n k in
 O b e r k i r c h. Von dieser Firma werden schon längere Zeit auf
 verschiedenen Arbeitsnachweisen (Frankfurt, Karlsruhe, Offenburg
 und Freiburg) Eisenarbeiter und Schlosser gesucht. Den fremden Kol-
 legen, die von diesen Arbeitsnachweisen eingestellt werden, wird ein
 Stundenlohn von 38 bis 40 S. „garantiert“. Doch bei ihrer An-
 kunft in Oberkirch erfahren die Kollegen eine große Enttäufung, es
 werden bei eifündiger Arbeitszeit Schichtlöhne von 2,80 M.,
 3 M., 3,60 M. bis 4 M. gezahlt. Am Montag wird eine Ausnahme
 gemacht, da wird bei neunstündiger Arbeitszeit 5 t u n d e n l o h n
 berechnet. Auch in familiärer Hinsicht bleibt vieles zu wünschen übrig.
 Wasräume sind nicht vorhanden; sämtliche Schlosser und Dreher
 müssen sich am Nach waschen. Zum Aufbewahren der Kleider ist
 kein genügender Raum vorhanden. Die Behandlung läßt ebenfalls
 zu wünschen übrig. Ein Dreher, der schon mehrere Jahre da ist,
 wurde vom Fabrikanten geohrteigt. Ein älterer Heizer wurde wegen
 eines kleinen Vergehens (Ausblasen eines Dampfventils) tätlich an-
 gegriffen. Es ist an der Zeit, daß sich die Kollegen in Oberkirch
 zusammenschließen, denn nur mit Hilfe der Organisation ist es mög-
 lich, auch hier bessere Zustände zu schaffen.

Osnabrück. (Christliche Verleumder.) Es ist einer
 der bekanntesten Mönchen-Blasphemer, die Agitationsfragen
 möglichst mit der Religion zu verquiden. Der jetzige Beamte des
 Zentrums-Metallarbeiterverbandes hätte ja auch seine Herkunft ver-
 leugnet, wenn er nicht wenigstens den Versuch unternommen hätte,
 nach diesem Rezept zu arbeiten. So kolportierte er denn fleißig, daß
 der Kollege Zielemann in der Öffentlichkeit ganz anders zur
 Religionsfrage stehe als in internen Kreisen. In einer von „Christ-
 lichen“ Seite einberufenen Versammlung in Kloster-Dejede sollte es
 nun der Lou des Tages sein, daß der Leiter der Versammlung plöz-
 lich die Behauptung aufstellte, Zielemann habe in einer Vertrauens-
 männerkung gesagt: „Kollegen, wir sind jetzt unter uns, hört doch
 nicht immer auf die Pfaffen und ihr Geschwäg.“ Zielemann ver-
 langte nun den Namen dessen, der dies behauptet hatte, um ihm Ge-
 legenheit zu geben, seine Behauptung zu beweisen. Am 30. Oktober
 fand vor dem zuständigen Schlichter ein Sühnetermin statt, in
 der der Beklagte folgende Erklärung abgab: „Görnschmeyer erklärt,
 seines Wissens die fraglichen Äußerungen über den Kläger nicht ge-
 macht zu haben. Sierge habe ihm auf Befragen bestätigt, daß die
 Sache auf einem Mißverständnis beruhen müsse. Görnschmeyer er-
 klärt ferner, daß er auch niemals die Absicht gehabt habe, Unwahr-
 heiten dem Kläger nachzusagen.“ — Die Herren haben sich also
 wieder einmal blamiert. Nun, wo sie beweisen sollten, was es ein
 Mißverständnis, was sonst zum klaren Bestand ihres Agitations-
 materials gehörte. Was sagen die christlichen Arbeiter dazu?

Saarbrücken. Die Luxemburger Bergwerks- und
 Saarbücker Eisenhütten- und Kiengewerkschaft
 in Burbach, ein Riese der Montanindustrie, hat Kaffe gemacht.
 Das Geschäft für das laufende Jahr war zufriedenstellend, die
 „Arbeit“ hat sich gelohnt. Der Rohgewinn betrug 6 084 314 M., er
 ist gegenüber dem Vorjahre um 680 500 M. gestiegen, es wird eine
 Dividende von 35 Prozent verteilt in der Summe von 1 680 000 M.
 Das kann sich die Burbacher Hütte mit ihrem niedrigen Aktienkapital
 von 4,8 Millionen Mark leisten. Diese Dividende macht nur einen
 Teil des Gewinns aus. An Abschreibungen und Diverses sind fast
 4 1/2 Millionen Mark verbucht. Bei fast 18 Millionen Mark Umlage
 hat sich die Hütte ein Referentialkapital gesichert, das ihr über alle
 eventualitäten hinweghilft. Die Arbeiter des Wertes sind wirklich
 noble Zinsgeber. Rechnen wir 4500 beschäftigte Arbeiter auf der
 Hütte, so ist an jeder, die hübsche Summe von 1350 M. verdient
 worden. Im Jahre vorher waren es etwa 1200 M. und 1907 gar
 nur etwa 780 M., die am einzelnen Arbeiter verdient wurden. Das
 bedeutet, daß der Gewinn in den letzten Jahren ganz bedeutend ge-
 nießen ist. Von den Arbeitern wird wohl keiner behaupten können,
 daß sich seine Lage gebessert habe, die können sich ja freuen, auf der
 Hütte überhaupt arbeiten zu dürfen. Es gibt sogar noch solche, die
 stolz darauf sind, ihre Knochen für das Kapital kaputt zu machen.
 Dafür wird auch jedes Jahr ein Hüttenfest gefeiert, das seinen Ur-
 sprung hat in dem unglückseligen Streik, den der „christliche“ Metall-
 arbeiterverband „geführt“ hat. In der diesjährigen Festebe sagte
 Herr Generaldirektor Kommerzienrat W e i s d o r f f: „Zum Danke
 dafür, daß unsere Arbeiterchaft auch in diesem Jahre und trotz der
 gräßlichen Sitze stets treu auf ihrem Posten war, hat der Verwaltungs-
 rat beschlossen, dem Sühntermin die Summe von 300 000 M. als
 Geschenk zu bewilligen, die im Oktober zur Verteilung kommen.“ Mit
 Speck jängt man bekanntlich Mäuse. Auf den einzelnen Sühnter-
 arbeiter macht das ganze 66 M. aus, wofür Freiheit, Leben und
 Mannesmut zum Leufel geht. Die Konkurrenz und Leistungsfähig-
 keit und damit die Garantie für weitere hohe und sich steigende
 Kapitalprofite wurde ja dadurch gestört, daß sich die Burbacher
 Hütte mit dem Dübinger Werk und mit der Eisener Hütte verbündet
 hat. Die Aktien dieses Konzerns zählen zu den schwersten Papieren
 der Börse. Der Eisenhütten-Konzern Dübinger hat sein Aktien-
 kapital von 9 Millionen Franken sogar bereits zurückgezahlt. Der
 Eisener Sühntermin hat 5 Millionen Franken Aktienkapital bei
 7 Millionen Franken Reserven. Die Kraft des neuen Konzerns liegt
 in den Finanzen und dem Besitz von außerordentlich ergiebigen Erz-
 bergwerken, die eine gute Zukunft sichern. Noch eine gute Kolben-
 zuge — dann wird mit den vereinigten 21 Hochöfen eine Leistung
 gelingen, die die heiligsten Güter des Kapitalismus, den Profit,
 sichert.

Wismar. Die Tariffrage der Unternehmer wird durch
 folgenden Vorgang wieder drastisch beleuchtet: Die Firma Wilhelm
 Müller in Wismar (Mecklenburger Drahtwerke) versucht, wieder
 Drahtzieher zu bekommen. Die Werkstätten des Drahtzugs waren
 am 21. August dieses Jahres vollständig abgebrannt, die Drahtzieher
 waren gezwungen, abzureisen, um anderwärts Stellung zu suchen.
 Die Firma hat nun in ihrer alten Fabrik wieder Ziehmaschinen auf-
 gestellt und sie muß nun auch wieder Drahtzieher haben. Ein Kollege,
 der bei Müller war und jetzt in Osnabrück beschäftigt ist, erhielt
 einen Brief von der Firma mit dem Ersuchen, wieder in Wismar
 anzufangen. Dem Schreiben war gleichzeitig ein neuer Affordtarif
 beigelegt. Nun besteht aber zwischen der Firma Müller
 einerseits und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband
 und dem Gewerksverein der Maschinenbauer andererseits
 ein Tarifvertrag, der vom 1. Juni 1910 bis 1. Juni 1912
 Gültigkeit haben soll. Da nur noch ein Kollege von den alten
 dort ist, so hat die Firma es für richtig befunden, die Affordpreise
 in ihrem neuen Tarif bedeutend niedriger anzusetzen als nach dem
 jetzt noch gültigen Tarif zu zahlen wäre. Folgende Gegenüber-
 stellung mag das zeigen:

Preise für Feinzug per 100 Kilogramm.

alter Preis		neuer Preis			
Sorte 2,0 mm	0,45 M.	0,35 M.	Sorte 1,0 mm	1,80 M.	1,60 M.
= 1,8	= 0,70	= 0,60	= 0,9	= 2,10	= 1,85
= 1,6	= 0,80	= 0,70	= 0,8	= 2,60	= 2,30
= 1,5	= 0,90	= 0,70	= 0,7	= 3,10	= 2,80
= 1,4	= 1,00	= 0,90	= 0,6	= 3,60	= 3,50
= 1,3	= 1,15	= 1,00	= 0,55	= —	= 3,75
= 1,2	= 1,25	= 1,25	= 0,5	= —	= 4,25
= 1,1	= 1,50	= 1,35	= 0,4	= —	= 4,50

Alter Preis für Grobzug.

Alter Preis		aufwärts 0,20 M.	
Sorte 4 mm	1 Zug 0,22 M.	2 Zug	0,32 M.
= 3,4	= 1 = 0,25 = 2 =	0,32	=
= 3,1	= 1 = 0,31 = 2 =	0,35	=
= 2,8	= 1 = 0,35 = 2 =	0,42	= 3 Zug 0,52 M.
= 2,5	= 1 = 0,40 = 2 =	0,48	= 3 = 0,57
= 2,2	= 1 = 0,45 = 2 =	0,55	= 3 = 0,68 = 4 Zug 0,91 M.
= 2,0	= 1 = 0,48 = 2 =	0,64	= 3 = 0,80 = 4 = 1,10
= 1,8-1,9	= 1 = 0,52 = 2 =	0,68	= 3 = 1,00 = 4 = 1,25

Neuer Preis für Grobzug.

Sorte 4 mm		und aufwärts 0,18 M.	
= 3,8	= 1 Zug 0,20 M.	2 Zug	0,30 M.
= 3,4	= 1 = 0,21 = 2 =	0,30	=
= 3,1	= 1 = 0,25 = 2 =	0,32	=
= 2,8	= 1 = 0,31 = 2 =	0,38	= 3 Zug 0,48 M.
= 2,5	= 1 = 0,36 = 2 =	0,44	= 3 = 0,52
= 2,2	= 1 = 0,40 = 2 =	0,50	= 3 = 0,61
= 2,0	= 1 = 0,40 = 2 =	0,55	= 3 = 0,70 = 4 Zug 1,00 M.
= 1,8-1,9	= 1 = 0,48 = 2 =	0,68	= 3 = 0,92 = 4 = 1,25

Für Abfallabfälle werden 50 S. im Stundenlohn bezahlt nach
 dem alten Tarif, nach dem neuen Tarif 40 S.
 Der § 7 des alten Tarifs lautet: „Die Feinzieher bekommen
 den ersten Satz Ziehisen gratis, davon müssen vier Stück neu sein,
 jedes weitere Stück muß mit 2 M. bezahlt werden.“
 Jetzt bestimmt die Firma einfach: Feinzieher werden gegen
 Bezahlung geliefert.
 Außerdem enthält der neue Tarif noch folgende Bestimmung:
 Kurze Adern für Grobzug unter 10 Kilogramm werden nicht bezahlt
 = Mittelzug = 5 = = =
 = Feinzug = 2 = = =

Wir warnen die Kollegen davor, auf die Verlockungen der Firma
 Müller hereinzufallen. Wenn man erst umgezogen ist, wird es
 schwer, wieder von Wismar fortzukommen. Die Firma bezahlt zwar
 die Umzugskosten, zieht aber die vorausgelagte Summe dann in Raten
 von 3 bis 5 M. wieder ab. Auch sonst sind die Verhältnisse nicht
 so verlockend, wie es nach den Berisprechungen scheinen mag. Das
 haben nur zu viele Kollegen schon erfahren müssen, die Herr Müller
 aus dem Abteiland, aus Schlesien und wer weiß wo noch her schon
 herangeholt hat. Auf dem Gewerbegericht ist der Herr Stammgast.
 Er beliebt es auch, Verträge mit Einzelpersonen abzuschließen, die
 direkt gegen die guten Sitten verstoßen. Unsere Warnung ist
 dringend. Sehe sich jeder vor, ehe es zu spät ist!

Rundschau.

Reichstag.

Nachdem die hochgehenden Wogen der Erörterung auswärtiger
 Angelegenheiten aus Anlaß des Marokko- und Pangoabkommens im
 Reichstage verebbt waren — und wie sie abgeebb —, zwang
 eine sozialdemokratische Interpellation die Aufmerksamkeit des Parla-
 ments und der Öffentlichkeit wieder auf eine der vielen Fragen der
 deutschen inneren Verwaltung zurück. Die sozialdemokratische Fraktion
 fragte den Reichskanzler, was er zu tun gedenke, um w i l l k ü r -
 l i c h e A r b e i t e r e n t l a s s u n g e n, wie sie sich die Verwaltung
 der Reichseisenbahnen habe zuschreiben lassen, kommen lassen,
 fernhin umwidlich zu machen. Sie sah sich zu dieser Anfrage durch
 den Umstand gedrängt, daß im Laufe des letzten Sommers nicht
 weniger als 5 Angehörige des in Wülhausen gegründeten Eisen-
 b a h n e r v e r b a n d e s, Männer, die zumeist eine langjährige und
 vollkommen tabelfreie Dienstzeit hinter sich hatten, kurzgehand ent-
 lassen worden sind, weil sie angeblich Disziplinwidrigkeiten gegen
 ihre Vorgesetzten begangen haben sollten. Wenn wir hier mit unseren
 eigenen Worten schildern wollten, was in Wülhausen vorgegangen
 ist und wie sich die dortigen Eisenbahnbehörden gegen die Eisen-
 bahner benommen haben, dann würde man uns vielleicht der Partei-
 lichkeit zeihen; wir wollen daher den Tatbestand einem b ü r g e r -
 l i c h e n B e r l i n e r Blatte entnehmen, das ihn wie folgt schildert:

„Die eisenbahner Eisenbahnarbeiter gründen einen Ver-
 band. Sie reichen, was sie an sich gar nicht nötig haben, ihre
 Satzungen der Verwaltung zur Genehmigung ein. Das genügt aber
 der Verwaltung nicht, sie verlangt, daß ihr die Tagesordnung jeder
 Versammlung acht Tage vorher bekanntgegeben wird, daß ferner ein
 Beamter in jeder zur Ueberwachung zugelassen werde. Um die
 Wünsche der Arbeiter entgegenzunehmen zu können“, erklärte Herr
 v. Breitenbach so schön. Die Arbeiter lassen das alles über sich er-
 gehen, nur um ihren Verband gründen zu können. Sie halten not-
 gedungen ihre Sitzungen unter obrigkeitlicher Ueberwachung ab. Nur
 einmal wird ihnen die Sache zu peinlich, als eine ganz interne An-
 gelegenheit auf der Tagesordnung steht. Man sucht den Herrn Auf-
 passer zum Gehn zu bringen, oder der Mann ist schwerhörig. So
 bleibt denn nichts weiter übrig, als ihn formell von der Sitzung aus-
 zuschließen. So ein Vorgehen erbeißt Raquel Das ist Eckerri, Auf-
 wiegelung, Disziplinwidrigkeit! Das Ansehen der Behörde muß dar-
 unter leiden. Und darum wird nicht etwa der Beamte gestraft, der
 so wenig taftvoll die Obrigkeit repräsentiert hat, sondern die Leitung
 der Verwaltung, Arbeiter von acht- und elfjähriger tabelloser Dienst-
 zeit itegen auf die Straße. Und als das Vereinsorgan ihnen einen
 Nachruf widmet, liegen die beiden Verfasser des Artikels hinterher.
 Ein weiteres Vorstandsmitglied gerät hierdurch so aus der Fassung,
 daß es den Tod auf den Schienen sucht, um der Maßregelung zube-
 kommen. Die Witwe erhält den noch ausstehenden Lohn ihres
 Mannes nur unter endlosen Schwierigkeiten. Zu diesen Opfern ge-
 stellt sich noch als letztes der Schmied Dertel, den fünfundsiebenzig-
 jährige Dienstzeit nicht vor der Maßregelung schützt, weil er Charakter
 genug besitzt, um eine ihm von einem Demunzianten in den Mund
 gelegte Ankerung nicht zurückzunehmen, weil er sie gar nicht gekan-
 hat. Das ist in kurzen Zügen, was der Eisenbahnminister Aus-
 übung des gesetzlichen Ründigungsrechts nenn.“

Der reichsländliche Eisenbahnerverband ist eine rein wirtschaftliche Interessensvertretung, die mit Politik und politischen Parteien nicht das geringste zu tun hat. Sie schließt nicht nur statutenmäßig, sondern auch tatsächlich parteipolitische und religiöse Beziehungen von ihrer Betätigung aus. Weil sie sich aber nicht willens ist die Hände der vorgezeichneten Beschränkung geben mag, sondern ihre eigenen Wege bei der Vertretung ihrer Interessen gehen möchte, wird sie natürlich als „sozialdemokratisch“ ausgegeben. Wenn ein Verband von Staats- oder Gemeinbediensteten erst einmal als „sozialdemokratisch“ katalogisiert worden ist, dann glaubt mancher klammerliche „Vorgesetzte“ für sich das Recht in Anspruch nehmen zu können, ihn zu schikanieren, seine Mitglieder zu verfolgen, und wenn es irgend geht, brotlos zu machen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die höchsten Schichten der deutschen Beamtenschaft ausnahmslos aus den durch Geld oder Adel bevorzugten Klassen stammen, daher häufig an einem unerschütterlichen Herrschaftsbewußtsein leiden; die niedere Beamtenschaft hingegen geht zu einem sehr großen Teile aus Militäranwärtern oder sozial gleichgestellten Schichten hervor, also aus gedrückten Schichten, die mühsam nach oben aufsteigen möchten und vielfach in der langen Zeit willkürlicher Unterordnung während des aktiven Militärdienstes zu der verhängnisvollen Auffassung verhilft worden sind, der Kadavergehorsam sei etwas Schönes und der Entwidlung des Volkes dienlich, sei vor allem aber etwas, was sie selbst von dem Rest der Bevölkerung unbedingt und in jeder Lebenslage zu beanspruchen hätten. Selbstverständlich und zum Glück fallen nicht alle Beamten in diese beiden Grenzkategorien; es gibt unter den Beamten auch viele rechtliche und wohlgebildete Leute, die sich ein lautes Verständnis für ihre Stellung und Verantwortung erhalten haben. Leider werden aber die besten Elemente des Beamtentums neuerdings immer mehr zurückgedrängt. Die Folge ist, daß ein klüdes, ungeschicktes und gewissenloses Schamacheramt sich an vielen Plätzen breitmacht und die ohnehin schon harten Klassen-gegenstände auch in den öffentlichen Betrieben noch durch den spezifischen Gegensatz zwischen Beamten und Nichtbeamten verschärft. Der Kampf gegen Beamtenwillkür und Beamtenüberhebung ist ein wichtiges Stück des demokratischen Befreiungskampfes geworden. Er dürfte und sollte kein notwendiges Stück sein, mußte es aber werden, weil die Beamten dem Volk gegenüber vergessen zu haben scheinen, daß sie des Volkes wegen da sind, nicht das Volk ihrer wegen.

Es wird noch harte Arbeit genug kosten, diesen Kampf der demokratischen Befreiung zu einem glücklichen Ende zu führen, weil in ihm, soweit er prinzipieller Natur ist, die Sozialdemokratie beinahe allein steht. Das zeigte sich bei Gelegenheit der oben erwähnten Interpellation wiederum ganz deutlich. Die Verwaltung der Reichseisenbahnen hat ein wirklich häßliches Überwachungs-system eingerichtet, das für die Arbeiter, die sich dagegen auflehnen, sondern auch solche, die in der ruhigen Weise im Verbandsorgan aufzutauchen, die Gemaßregelten zu unterstützen. Wenn bloß der als erbarmungsloser Schamacher bekannte preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach diese Geldentwürde der Reichseisenbahnverwaltung verteidigt hätte, dann würden wir kein Wort darüber verlieren. Daß aber von den Vertretern der sämtlichen bürgerlichen Parteien im Reichstag kein einziger resolut die Staatsbürgerrechte der Eisenbahnarbeiter zu schützen wagte, ja daß eine ganze Anzahl von ihnen in der niedrigsten Weise gegen die Opfer bürokratischer Willkür besteuerte (wie zum Beispiel der edle Steuergraf v. Westarp), das ist kennzeichnend. Wenn schon die „christlichen“ Bedenker und Beherrschten bedacht aufpassen, daß sie zwar nicht die Rechte der Arbeiter zu verteidigen wagen (wer hätte das bei diesen „Arbeitervertretern“ auch nur voransgesetzt), aber dafür den Minister um „Milde“ und „Gnade“ anschnorren, dann ist es wahrlich weit gekommen!

Das ganze Verfahren im Reichstage ist übrigens standlos und nicht nach Gebühr, selbst nicht in den sonst ausgezeichneten Reden der sozialdemokratischen Wortführer, beleuchtet worden. Die Anklage richtet sich an den Reichstagskanzler. Dieser gibt sich aber nicht die Mühe, sie selbst zu beantworten, sondern beauftragt damit den preussischen Eisenbahnminister, der zugleich Chef der Reichseisenbahnen und damit der Vater der ganzen angegriffenen Verwaltungspolitik ist. Daß dieser Mann keine von den Maßregeln preisgeben würde, die er selbst wenigstens generell angeordnet hat, liegt doch auf der Hand, ist er doch Richter in eigener Sache; daß er ferner einen großen Teil des abgelehnten voreingekommenen Parlamentes durch diese Entscheidung in eigener Sache mit sich reißen würde, ist ebenfalls klar. Darum hätte dieses für einen rechtlichen Menschen, wie immer er zur Sache selbst stehen mag, einfach unerträgliche Gebaren mit brennenden Worten geächtet werden müssen. Offenbar wird es bei einer späteren Gelegenheit einmal recht gründlich geschehen.

Es ist unnötig zu sagen, daß die Interpellation keinerlei praktischen Erfolg hatte und haben konnte. Ihr Verlauf ist aber wohl geeignet, den Eisenbahnarbeitern zu zeigen, daß sie bei ihrem Streben nach materieller Aufbesserung ihrer Stellung und nach Sicherung ihrer Staatsbürgerrechte keine Hilfe von irgend einer der nicht-sozialistischen Parteien oder gar von der Verwaltung zu erwarten haben. Wenn die freie Organisation auch weiterhin noch einige Opfer fordern sollte: gewerkschaftlicher Zusammenschluß ist doch der einzige Weg, der zum Ziele führen kann. Die Zeiten sind ja vorüber, wo man die Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft, auch der staatlichen und gemeindlichen, mit ein paar Verfügungen oder einigen brutalen Hinweisungen ertöschend konnte. In der freien sozialdemokratischen Tradition des neu gewählten Reichstages und an einer hoffentlich ebenfalls recht starken, ihrer mit der Zahl wachsender Verantwortlichkeit sich bewußten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben sie einen guten Schutz. Der Minister Breitenbach wird sie nicht mehr allzulange schikanieren.

Über die heutigen wichtigen Vorgänge aus der Reichstagswoche, namentlich über die zweite Lesung des Gesetzes über die Schiffsfahrtsabgaben, über das Hausarbeitergesetz und über die Kommunalverordnungen in Sachen der Marktverträge, besonders jenseitig auf die Weiterleitung der Reichsentscheidung, beziehen, werden wir in der nächsten Nummer berichten, was nur so leicht zu machen ist, als die kommende Woche rümpfungsfrei bleibt.

Gewerkschaftliches.

Bergarbeiter. Sitzung im Abtreiber. Am 12. November fanden in Bochum, Essen, Oberhausen, Brackhausen, Lünen, Laves und Hamm größere Bergarbeiterversammlungen statt. Die Beschlüsse waren alle maßgebend besetzt. In allen Versammlungen wurde zur gewerkschaftlichen Forderung und zur Lohnfrage Stellung genommen. Die größte und am reichsten besetzte Versammlung fand in Bochum im großen Saale des Spitzhofs statt. Es wurden die Gesetze über die Bergarbeiter und die Bergarbeitergesetzgebung im Jahre 1907 bis 1909 eingehend besprochen. Die geringe Ertragssteigerung, die seit 1910 eingetreten ist, wurde als bedauerlich empfunden. Preise der Kohle, des Eisens und des Stahls sind nicht mehr so hoch wie im Jahre 1907, während die eigentlichen Bergarbeiter (Bauer, Schiefer) sogar um 60 bis 70 Prozent Lohn weniger als 1907.

Jetzt würden sogar noch Lohnreduzierungen vorgenommen. Es sei nicht unter allen Umständen das Bestreben des Verbandes, das Wirtschaftsleben zu erschüttern, aber die Lohnverhältnisse könnten auch nicht so bleiben. Wenn alles nichts nützt, dann dürften die Arbeiter auch vor dem letzten Mittel nicht zurückweichen. Die Zeiten wären ernst. Die Bergleute müßten rufen, damit der ernste Augenblick kein schwaches Gesicht fände. Diese Ausführungen fanden in den Versammlungen ungetrübten Beifall. Soweit sich Diskussionsführer meldeten, wurde das von den Referenten beifällig bestätigt. In der Versammlung in Essen machte ein Vertreter der Eisenwerke eine erneute den Versuch, die Lebensmittelpreisfrage durch die Bergvereine und Grubenverwaltungen zu verteidigen. Es war dem Referenten selbstverständlich ein Leichtsinn, diesen Bekehrungsabzählungen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, jedoch haben die Ruhrbergleute durch den massenhaften Besuch zu erkennen gegeben, daß sie die Zeichen der Zeit verstehen.

Die Kämpfe der Technikerorganisationen.

Der Streik der Berliner Eisenkonstruktoren, über dessen Ausbruch wir in Nr. 41 (Seite 331) berichteten, dauert noch immer an. Offenbar glauben die Unternehmer, die technischen Angelegenheiten durch schroffe Ablehnung jedes Entgegenkommens für die Zukunft davon abschneiden zu können, ihre Interessen in nachdrücklicher Weise zu vertreten. Daneben verjuchte man jedoch auch Bestechungsmanöver. So wurden einem Beamten der Firma Steffen & Nölle statt der früher bezogenen 150 M. Monatsgehalt 250 M. geboten; er lehnte ab. Einem andern, der 220 M. bezog, bot dieselbe Firma 250 M. Er forderte 300 M., auch das wurde ihm sofort bewilligt; aber er lehnte überhaupt ab. Viele Firmen kamen in große Verlegenheit. In einer Sitzung der Unternehmer, die am 12. Oktober stattfand, war eine Mehrheit bereit, Friedensverhandlungen anzuknüpfen, aber die Direktion der Bauhämmerwerke trat so scharf dagegen auf, daß man den Gedanken wieder fallen ließ. Ueber den Kampf veröffentlichte Ingenieur A. Thimm (Hilfsblatt) in der Frankfurter Zeitung Nr. 298, erstes Morgenblatt vom 27. November) einen längeren Artikel, worin folgende Stelle besonders bemerkenswert ist:

„Man glaubt hier den Anfang vom Ende“ vor sich zu haben, glaubt zur Sicherung der Zukunft Exempel statuieren, womöglich die Organisation vernichten zu müssen, während man nur die berechtigten und berechtigenden Forderungen der Angestellten zu erfüllen braucht, um in ihnen sofort wieder dienstbereit und für die Verbesserung ihrer Lage dankbare Mitarbeiter zur Verfügung zu haben. Vom Standpunkt des Geschäftes aus sollte man sich über das erwachende Selbstbewußtsein dieser bisher so geduldeten Kategorie freuen; denn mit selbstbewußten Menschen ist selbstverständlich mehr zu leisten als mit solchen, die sich unterdrückt fühlen. Auch zur Auscheidung charakterloser, unehrlicher Berufsgenossen hat sich ein solcher Arbeitskampf, der an den einzelnen die Anforderung der ethischen Solidität stellt, als sehr geeignet erwiesen, so daß auch nach dieser Richtung hin die Firmen später Vorteile haben werden, wenn der Friede wieder da ist.“

Die betrübendste Stellungnahme zum Kampf der Eisenkonstruktoren kommt nun aber von einer Seite, von der sie am wenigsten erwartet werden konnte. Der Verband deutscher Diplomingenieure, der den Bund der technisch-industriellen Beamten stets bekämpft hat, und der der Öffentlichkeit weismachen wollte, daß im Grunde nur Zeichner und Kopisten, jedoch keine Ingenieure seien, der die im Grunde organisierten Diplom-Ingenieure zuerst als geachtete Existenzen, dann als „Kommunierhühner“ bezeichnete, dieser Verband hat bis jetzt dem Erfolge des Berliner Kampfes am meisten gejubelt. In einer Düsseldorf-er öffentlichen Versammlung erklärt der Manager und Schriftführer des Verbandes, Herr Dr. Lang: „Zeichner und Kopisten stellen, Diplom-Ingenieure arbeiten“. Es ist nun merkwürdig, daß es den Herren Diplom-Ingenieuren nicht wider die Würde geht, die von Zeichnern und Kopisten niedergelagte Arbeit weiter fortzuführen.“

Der Verband deutscher Diplom-Ingenieure hat ungefähr 1500 Mitglieder, dabei sind im Bund der technisch-industriellen Beamten allein schon über 4000 Diplom-Ingenieure organisiert. Der ehemalige Vorsitzende und jetzige Schriftführer des Verbandes deutscher Diplom-Ingenieure, Dr. Lang, ist nicht in Versammlungen der Diplom-Ingenieure zum Streikbruch aufzufordern. Mit Unrecht! Der Herr glaubt vielleicht, daß die von ihm vertretene „Organisation“ sich besser stelle, wenn sie als Unternehmer-Schutztruppe dient.

Offenbar sind diese Diplom-Streikbrecher aber doch noch nicht imstande gewesen, den Karren der Unternehmer wieder flottzumachen, denn es gelang auch zum 1. November nicht, eine größere Anzahl von Streikbrechern herauszugeben, obgleich in Kopenhagen, Stockholm, Wien, Prag, Schmeizer, Jettungen und wo weiß wo sonst noch nach solchen amonciert wurde. Im Gegenteil vergrößerte sich noch die Zahl der Streikenden. Eine weitere Folge des Streiks war, daß stellenweise Arbeiter entlassen werden mußten. Die Streikenden stellen Kosten aus und die Unternehmer taten dasselbe, was sie tun, wenn Arbeiter freilaufen, sie rufen nach der Polizei. Diese ermahnt sich, wie man das ja schon gewohnt ist, auch als willfährige Schlichterin der Unternehmern.

Dieser Kampf wird auch die Techniker ohne Zweifel eine aufsehenerregende Wirkung ausüben. Eine solche ist auch noch sehr notwendig, denn gar zu viele technische Angestellte sind noch in dem Wahn, daß sie eine besondere Klasse seien. Wie wenig dieser Wahn berechtigt ist, ist in der Metallarbeiter-Zeitung schon früher ausführlich erörtert worden (siehe Jahrgang 1910, Nr. 36, 37, 40, 42, 45 und 46). Die wahrhaftig nicht immer angenehmen Erfahrungen, die die Arbeiter in den jahrelangen Gewerkschaftskämpfen haben machen müssen, sollten von den Technikern besser beachtet werden. Dann könnten sie viel davon profitieren und sich manche lächerliche Niederlage ersparen. Wollen sie dies nicht, so werden sie sich noch durch manche bittere Erfahrung hindurchbringen müssen. Sie werden einsehen müssen, daß verhältnismäßig immer weniger von ihnen zu der „Kommunierhühner“-Kategorie gehören können, die sie erziehen und wo ihre Interessen mit dem der Unternehmer kollidieren. Die Hand in Hand geht, sie werden früher oder später zu der unangenehmen Entscheidung kommen, daß zwischen ihnen und den Unternehmern gerade so viele Interessensgemeinsame existieren, wie zwischen den Arbeitern und deren Arbeitgebern. Mit einem Worte: sie werden zum Klassenbewußtsein erziehen und zu der Einsicht kommen, daß auch ihnen nicht anderes übrig bleibt, als der Klassenkampf. Ein solcher Prozeß bedingt sich natürlich nicht gleichmäßig (gibt es doch auch noch viele Zustände von Arbeitern, bei denen er noch nicht einmal angefangen hat), es geht jedoch keine Prognose darüber, um vorherzusagen zu können, daß er nicht ausbleiben kann.

Solche Verhältnisse, wie das in Siertrade, ändern daran nichts. Die Firma Daniel & Oleg hat dort, wie an verschiedenen Orten des Rheinlandes, ihre Betriebe. Schon in ihrer Nr. 20 vom 6. Oktober kündigte die Deutsche Facharbeitervereine-Zeitung (Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten) von der Maßregelung eines Betriebsleiters in einem Betriebe der Firma in Düsseldorf zu berichten, das sich erlaubte, die im Zusammenhang stehenden Einleitungen zu einer Versammlung zuzulassen zu lassen. Dann ließ sie in der ersten Hälfte des Monats in ihrer Guts-Hoffnungshütte, Abteilung Siertrade, 1500 Arbeiter zirkulieren, wenn die technischen Angestellten eintrugen sollten, wofür die Organisation sie angefordert. Derselbe Vorfall wurde am 25. Oktober die Angestellten einzeln ins Bureau gerufen und ihnen der Austritt aus ihren Verbänden zur Pflicht gemacht. Die im Grunde angelegentlich Angestellten erließen jeder einzeln für sich durch ihre Unterschriften ein verächtliches Abmeldeformular. Hierdurch vergrößerte sich, sofort aus dem Bund der technisch-industriellen Beamten ausgetreten, zur Unterstützung vorgelegt und die Mitglieder des Deutschen Facharbeiterverbandes sollte deren Ortsvorsitzende zum Austritt aus der Organisation auffordern. Am 12. Oktober sollte dieser Vertrauensmann seiner Organisation ein Verzeichnis der letzter Zeitung veröffentlichend unterzeichneten Mitglieder mit deren Austrittserklärungen aus dem Deutschen Facharbeiterverband vorlegen, widrigenfalls er und

alle, die sich weigerten, aus dem Verbande auszutreten, sofort entlassen würden. Dabei handelte es sich meist um ältere Angestellte, die schon viele Jahre an der Guts-Hoffnungshütte tätig waren. Ein erbetener Aufschub wurde abgelehnt bis auf eine einhalbjährige Frist, die die Betriebsleitung gnädig bewilligte. Die in solcher Weise förmlich vergerichteten Angestellten kamen nacheinander während der Mittagspause zusammen und beschloßen mit 31 gegen 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen, dem Druck nicht nachzugeben, sondern folgende Erklärung einzulegen:

„An die Guts-Hoffnungshütte! Die unterzeichneten Mitglieder des Bundes technisch-industrieller Beamten und des Deutschen Facharbeiterverbandes erklären Ihnen hiermit, daß es ihnen nicht möglich ist, Ihrem Wunsch nach Austritt aus den Organisationen zu entsprechen. Wir haben in den Organisationen zum Teil recht bedeutende Rechte erworben, haben außerdem die Empfindung, daß es unserer Ehre und unseren Rechten als Staatsbürger widerspricht, auf einfachen Befehl hin Entlassung zu finden, die außerhalb des Rahmens unserer Dienstverpflichtungen liegen.“ (Folgen Unterschriften.)

Das war eine Sprache, von der sicher niemand sagen kann, daß sie unangemessen war. Diese Erklärung wurde durch Beamte der Organisationen der Betriebsleitung überreicht und dabei noch ein Verzicht zur friedlichen Verständigung unternommen. Die Direktoren wies aber die Organisationsbeamten ab und eröffnete ihren Angestellten, daß sie es ablehnen, mit den Organisationen ihrer Beamten zu verhandeln. Man sieht also, die Angestellten, die oft gepriesen „Mitarbeiter“, werden genau so wie die Arbeiter behandelt.

In einer zweiten Fabrikversammlung, die am gleichen Tage abends noch stattfand, wurde wiederum mit 32 gegen 3 Stimmen beschlossen, sich nicht zu beugen, sondern Dienstag den 31. Oktober im größten Saale Siertrades eine allgemeine Angestelltenversammlung zu veranstalten, wo gegen das Vorgehen der Guts-Hoffnungshütte protestiert werden sollte. Weiter sollten die Angestelltenorganisationen sofort das Reichstagsparlament, die größere Tagespresse und eine Anzahl führender Abgeordneter der verschiedenen Parteien unterrichten und deren Interbenken nachsuchen. Das geschah auch. Vom Zentrumsabgeordneten Trautborn und vom fortschrittlichen Volkspartei-Kaumann ging jedoch die Nachricht ein, daß die Geschäftslage des Reichstages schwerlich ein Eingreifen ermöglichte, was allerdings vorzuziehen war.

Mittlerweile kam aber dem größten Teil der Angestellten das anfänglich in so erfreulicher Weise gezeigte Märgel abhandeln, und zwar tappten sie in eine recht plump gestellte Falle. Am 2. November wurde von den Obergerichtlichen und den Bureauvorfänden jedem einzelnen erklärt, daß seine Kollegen bereits alle umgefallen seien und daß nur er sich noch dem Wunsche der Direktion widersetze. Nur 3 Verbände und 4 Bundesmitglieder durchschauten den Trick und blieben fest. Diese erhielten prompt folgendes Kundigungsschreiben:

„Wir nehmen hierdurch Veranlassung, Ihnen Ihre Stellung zum 1. Dezember 1911 zu kündigen. Auf Ihre ferneren Dienste verzichten wir und unterfragen Ihnen von heute ab das Verbleiben unserer Werke. Ihr Gehalt für die Zeit bis zum Ablauf Ihrer Kündigung können Sie heute nachmittag an unserer hiesigen Werkkasse in Empfang nehmen.“

Man soll sich hüten, die unteren Foch Gefrorenen zu hart zu beurteilen. Manchem mag der Verzicht auf die Achtung seiner Kollegen schwer genug geworden sein. Allein, was die Brutalität der Vorgehens bei ihnen ungedrungen ließ, besorgte die „Wohlfahrt“ der Werkspensionskasse, zu der natürlich auch die Angestellten nicht zu knapp zahlen müssen. Ferner wußten sie ja auch, daß sie unerbittlich auf die schwarze Liste kommen würden und daß es ihnen infolge dessen elend sauer werden würde, im ganzen Industriegebiet — wenn nicht gar in ganz Deutschland — wieder eine passende Stellung zu erhalten. Es gehört schon eine besonders große Charakterfestigkeit dazu, vor solchen Schrecken nicht zu verzagen. Mancher Techniker hat in diesen Tagen den Kapitalismus von einer Seite kennen gelernt, die er bisher noch nie gesehen oder noch nie ertragen konnte. Sicher wird dieser Versuch, den Angestellten das Revolutionsrecht zu rauben, nicht vereinzelt bleiben. Es heißt ja, daß auch in anderen rheinländischen Industriebetrieben die Angestellten über ihre Zugehörigkeit zum Verband oder zum Bund befragt worden sind und sie den „freundlichen Rat“ erhalten haben, diesen Verbänden fernzubleiben.

Wir glauben nicht, daß es gelingen wird, die Technikerorganisationen zu zertrümmern, wenn diese Konflikte auch eine schwere Belastungsprobe für sie sind. Den Arbeiter-Gewerkschaften ist es aber auch nicht anders gegangen. Auch wir haben in unseren Reihen manchen, der schon früher Mitglied war, dann in einem Unfälle von Zurück dem Verbande den Rücken kehrte, bei fortwährender Aufklärung aber wieder Mut faßte und schon wieder seit vielen Jahren treues Mitglied ist. Solche schwere Zeiten müssen und können durchgemacht werden. Wir hoffen, daß dies auch den Technikerorganisationen gelingen wird. Haben wir Metallarbeiter doch ein großes Interesse daran!

Sozialdemokratischer Wahlerfolg.

Bei den am 10. November im Fürstentum Schwaburg-Rudolstadt vorgenommenen Landtagswahlen errang die Sozialdemokratie einen großen Erfolg. Der Rudolstädter Landtag setzt sich aus zwölf Mandaten der allgemeinen und aus vier Mandaten der höchstbesteuerten Wählerklasse zusammen. Die Abgeordneten werden auf drei Jahre gewählt. Diesmal handelte es sich um eine Wahlprobe zwischen Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien, die alle Geisel in Bewegung setzten, um eine sozialdemokratische Mehrheit zu verhindern. Vor zwei Legislaturperioden hatten die Sozialdemokraten bereits die Hälfte aller Sitze, und bei der letzten Landtagswahl im Jahre 1908 wurden 6432 bürgerliche und 6482 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die bürgerlichen Parteien hatten sich deshalb diesmal in elf von zwölf Wahlkreisen auf gemeinsame Kandidaten geeinigt. Im Mittelpunkt des Kampfes stand die Frage der Verwaltungsgemeinschaft mit Condershausen. Die Hoffnungen der bürgerlichen Parteien sind jedoch glänzend ins Wasser gefallen, denn es wurden neun Sozialdemokraten gewählt. Selbstverständlich freuen wir uns auch über dieses Wahlergebnis, wenn auch das Blatt des Zentrums-Metallarbeiterverbandes darüber ipsefakt.

Der Arbeiter-Radfahrer.

Das Organ des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität, hat es nunmehr bis zu einer Auflage von 150 000 Exemplaren gebracht. Ein bisher einzigartiges Ergebnis. Von den im bürgerlichen Fahrwasser stehenden Zeitungen und Zeitschriften dieser Art haben Auflagen: die Zeitschrift des Deutschen Radfahrerbundes 46 000, die des Organs der Allgemeinen Radfahrer-Union 9500, die der Zeitung des Schwäbischen Radfahrerbundes 6500, die vom Organ des Schweizerischen Radfahrerbundes 22 000, die Rad-Welt 20 000. Alle diese Zeitschriften zusammen genommen haben aber nicht einmal eine so hohe Auflage wie der Arbeiter-Radfahrer allein. Es existieren zwar noch einige Zeitschriften mehr, deren Auflage ist aber nur gering. Im Oktober 1895 erschien das Blatt vierseitig und in kleinem Format zum erstenmal. Die Auflage betrug nur wenige hundert. Jetzt erscheint sie im gleichen Format und im gleichen Umfang wie unsere Metallarbeiter-Zeitung. Das Blatt hat in den 16 Jahren also sehr bedeutende Fortschritte gemacht.

Gewerbegerichtliches.

Kontraktbruch. Ist ein Arbeiter, von dem der Unternehmer gebört hat, daß er unter Kontraktbruch zu freieren Beschäftigung verpflichtet, dem Unternehmer auf Verlangen zu erklären, ob er sich an dem Kontraktbruch beteiligen werde oder nicht? (Gewerbeordnung, § 123. — Urteil des Gewerbegerichts Hamburg vom 14. Juni 1911; eingehend vom Vorsitzenden Amtsrichter Bonjen.) Die Frage der ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassenen Rädergehilfen ist abgewiesen worden.

Aus den Gründen: Das Gericht ist nicht der Meinung, daß bei einem drohenden Streit jeder Arbeiter seinem Arbeitgeber auf dessen Befragen eine bündige Antwort zu geben verpflichtet ist, ob er den Streit mitmachen will oder nicht. Auch wenn zu berücksichtigen ist, daß die geltenden Kündigungsfristen von den in den Streit tretenden Arbeitern nicht werden eingehalten werden, dürfte nicht jeder Arbeiter ohne weiteres dem Arbeitgeber im voraus darüber Auskunft schuldig sein, ob und inwiefern er sich an den von seiner Organisation beschlossenen Kampfmaßnahmen beteiligen werde. Der Arbeitgeber wird es in solchen Fällen meistens ruhig abwarten müssen, bis sich die Absicht in die Tat umsetzt, ebenso wie es der Arbeiter ruhig abwarten muß, bis eine vermutete Auspöcherung tatsächlich eintritt, die aus tatsächlichen Gründen auch vielleicht einmal in der Art beschaffen sein kann, daß die geltenden Kündigungsfristen nicht eingehalten werden sollen. Anders liegt die Sache aber sofort, wenn in einem gewerblichen Arbeitsverhältnis der Arbeiter dem Arbeitgeber vorher direkt eröffnet, daß ein Streit mit Kontraktbruch beabsichtigt werde, oder wenn der Arbeiter auch nur innerhalb des Bereiches seines Arbeitgebers von der geplanten Maßregel spricht, so daß es dem Arbeitgeber zu Ohren kommt. Dann ist nach Meinung des Gerichts der Arbeiter dem Arbeitgeber allerdings eine bündige Antwort dahin schuldig, daß er den beabsichtigten Kontraktbruch nicht mitmachen, sondern jedenfalls seine Kündigungsfrist einhalten werde. Durch die glaubwürdige Aussage des Zeugen S. steht das Gericht als erwiesen an, daß sowohl vom Kläger wie auch von S. einige Tage vor dem 7. Mai in der besagten Wohnung Meinungen dahin geäußert wurden, daß es zum Streit kommen würde, wobei es am 9. Mai wie gewöhnlich zur Arbeit kommen würden, aber an den Werkern die Anfrage richtete, ob derselbe die in der Streitversammlung beschlossenen Bedingungen durch Unterschrift anerkennen wolle. Falls er das nicht tun werde, würden sie sich wieder entfernen. Durch diese ihm zu Ohren gekommenen Meinungen erfuhr der Beklagte, daß die Kläger die bestimmte Absicht hatten, nicht nur zu streiken, sondern auch kontraktbrüchig zu werden und dadurch den Beklagten in Verlegenheit zu setzen. Deshalb waren die Kläger, als Beklagter sie am Sonntagmorgen fragte, ob sie abends zur Arbeit kommen würden, nicht bereit, zu erwidern: „Das könnten sie noch nicht sagen, sie müßten zunächst das Resultat der Versammlung abwarten, da würde darüber entschieden werden, ob gestreikt werden solle oder nicht.“ Sollten aber die Kläger die vorstehenden Worte nicht gebraucht, sondern, wie sie behaupten, überhaupt keine Antwort gegeben haben, so waren sie auch dazu nicht berechtigt. Nach dem Vorgefallenen und mit Rücksicht auf das Treuverhältnis, welches zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer, so lange sie zusammen sind, bestehen soll, gehörte es zu den vertraglichen Pflichten der Kläger, in diesem Falle zu antworten: „Ob wir den Streit mitmachen, darüber können und dürfen wir nichts sagen, aber streikend kommen wir heute abend wieder und arbeiten erst unsere Kündigungsfrist zu Ende.“ Zudem die Kläger eine Antwort dieses Inhalts trotz der eindringlichen Frage des Beklagten nicht gaben, machten sie sich der begreiflichen Pflichtverletzung schuldig und konnten deshalb auf Grund des § 123, Ziffer 3 der Gewerbeordnung sofort entlassen werden. (Nach dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht vom 1. August 1911.)

„Christlicher“ Terrorismus.

In Konstanz wurde vor einigen Wochen der Brauer Kurrer, Mitglied seiner Gewerkschaft und der sozialdemokratischen Partei und für beide tätig, bei der Heimkehr von einer Sitzung des Gewerkschaftsartikels von bis jetzt noch Unbekannten hinterücks überfallen, in einen Straßengraben geworfen und mittels Messerstichen schwer verletzt. Das einer der Täter dabei die Worte fallen ließ: „Jetzt verreck, du roter Hund!“ gibt einen Fingerzeig, wo sie zu suchen sind. Kurrer erfuhr sich überhaupt einer besonders „christlichen“ Feindschaft. Am 6. Juni dieses Jahres erhielt seine Frau einen langen anonymen Brief, worin ihr unter anderem gesagt wurde, daß ein anständiges Mädchen sich mit einem so rohen Sozi nicht abgibt. (Was die „Christlichen“ mit Kurrer gemacht haben, war jedenfalls keine Heirat.) Ueber Kurrer ließ es in dem Schmachtbrief noch weiter: „Ueberal dich er sein unweisen der abscheuliche rote Teufel, das wird er noch schwer zu büßen haben wenn er einmal vor den richter Stuhl Gottes hin treten muß, da wird ihm das rote weg gehen dem roten Keib.“ Zum Schluß wurde der Braut Kurrers noch der Rat gegeben, „im in sein häßliches Gesicht“ zu spülen.“

Daß Kurrer mit dem Leben davonkam, war nur dem Umstand zuzuschreiben, daß ein Messerstück in die Herzgegend von einem Koltzuch aufgehalten wurde. So wurde nur das Wuch durchbohrt und dem Ueberfallenen die Haut verlegt. Immerhin mußte Kurrer wegen seiner anderen Verletzungen einige Wochen ins Krankenhaus. Als er geheilt entlassen wurde, verlor er seine Arbeit in der Löwenbrauerei der Gebrüder Huber. In den ersten Tagen des November erhielt er folgenden anonymen Drohbrief:

„Wir wollen nur sein wie long es noch geht bis du roter Hund von Konstanz dort kommt lange wir nicht mehr zul reite deine abscheuliche rote Seele, denn für dich ist geladen. Wase ja das schreiben in der Zeitung dein Blut rauche ist dir geschworen du hässlicher Hund. Der Herr Huber hat mit dir gemacht was wir wollten roter Keib wie ein Hund mußst du vereren roter!“

Der Freiburger Wollschlichter wurde bei dieser Gelegenheit folgendes aus Konstanz geschrieben:

„Wir haben schon einmal darauf hingewiesen und wiederholen es nochmals laut und vernehmlich, daß es in der Löwenbrauerei der Herren Gebr. Huber Leute gibt, die in Sachen des Ueberfalls auf Kurrer auszusagen könnten, wenn sie wollten; deshalb sind wir der unmaßgeblichen Meinung, daß die Kriminalpolizei nach dieser Richtung ihre Recherchen zu betreiben hätte. Die Kündigungsfrist Kurrers, die erste sowohl als die zweite, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der ganzen Affäre und es ist ein offenes Geheimnis, daß sich bei Herrn Huber d. U. die Wächter geltend gemacht haben, die die Ursache der Kündigungsfrist und des Ueberfalls waren. Wir werden aber nicht ruhen und nicht lassen, bis die Wahrheit zutage liegt. Hoffentlich gelingt es recht bald, die Messerblätter und den Anonymus zu fassen, um sie der wohlverdienten Bestrafung entgegenzuführen.“

Wir werden abwarten müssen, was noch kommt. Von solchen Vorfällen berichtet die gesamte „christliche“ Presse mit dem Zentralblatt und der ultramontanen „Blauen“ in der Volkstagszeitung an der Spitze natürlich kein Wort.

Zur Warnung beim Verkehr mit „Christlichen“.

In der Mannheimer Volksstimme (Nr. 313 vom 15. November) lesen wir folgendes:

„Befriedigte „christliche“ Nachb. Am 4. Juni d. J. kehrten die Fabrikarbeiter Joh. Schmitt und Konrad Getto, die die Woche über in Ludwigsbafen und in Karlsruhe beschäftigt sind, wie allwöchentlich, zu ihren Familien in Steinfeld (bei Landau) zurück, um den Sonntag im Familienkreise zu verbringen. In einer dortigen Wirtshaus wurde „politisch“, woran sich auch die beiden Genannten beteiligten, aber zunächst äußerten, die denen der ortsanhässigen „christlichen“ „christlichen“ Brüder“ entgegengesetzt waren. Hierbei sollen von beiden, so behaupteten die schonen Denunziantenstellen, belästigende Meinungen gegen den deutschen Kaiser geäußert worden und Entwürfungen der alleinigenmachenden Kirche bespöttelt worden sein. Die Folge war eine Anklage. Das Schöffengericht, wo sich Schmitt und Getto wegen Unzuges verantworten sollten, kam zu dem Beschluß, sich für ungenügend zu erklären, da hier — nach Aussage der „christlichen“ Zeugen — Majoritätsbeileidigung und Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen vorliege. Nach monatelanger höchstsonderlicher Untersuchung wurde die Sache an die Strafkammer Landau verwiesen, wo die Hauptverhandlung auf den 10. November anberaumt war. Hier wurde festgestellt, daß in puncto Majestätsbeleidigung nicht hinreichend festgestellt werden konnte, wer von beiden die Meinungen geäußert hat, weshalb in diesem Falle Freisprechung erfolgen

mußte. Bezüglich der Meinungen gegen die Religion hält die Strafkammer Schmitt für überwiegen und verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis. Bei Getto wurde nur grober Unfug angenommen und derselbe zu sechs Wochen Haft verurteilt. — Der Nachb. „christlicher“ Fanatiker ist also Genugtuung widerfahren, zwei armen Familien ist für längere Zeit — jedenfalls wegen infolge Alkoholgenusses gelauer Meinungen — der Ernährer geraubt.“

Wir wollen selbstverständlich durchaus nicht behaupten, daß sämtliche Mitglieder der „christlichen“ Gewerkschaften Denunzianten seien. Da bei ihren Meinungen aber anscheinend das Bestreben vorliegt, möglichst viele Mitglieder der freien Gewerkschaften den Gerichten zu überantworten und man weiß, wie schwer mancher für ein unbedachtes, oft gar nicht so schlimm gemeintes Wort leiden mußte, so ist Vorlicht sehr am Platze.

Eine gelbe Verleumdung.

Der Bund, Organ der Gelben und — der Frau Lebus, veröffentlichte in seiner Nr. 22 eine Zuschrift aus Nürnberg von einem Schlosser Kabloff über einen Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes des Schudertwerkes, den Kollegen Schneider. In der Zuschrift wurde gesagt, daß Schneider sich zu der „bodenlosen Gemeinheit“ hergab, Listen anzufertigen, auf denen die Gelben, die zum Austritt „gebrängt“ wurden, ihre Namen schreiben und den Austritt erklären mußten; es war von schmuckiger Agitation, von Gaunerstreich, von niedrigen Mitteln, von Gemeinheit und Verleumdung in bezug auf Schneider die Rede. Schneider war als Schleicher bezeichnet, der dem gelben Streik die Mitglieder „abpreste“. Kollege Schneider war deshalb geübtigt, Beleidigungsklage zu erheben. Vor dem Schöffengericht Nürnberg wurde durch ehemalige Mitglieder der Gelben, sowie durch einen Zeugen, der heute noch bei den Gelben Mitglied ist, festgestellt, daß an den Behauptungen des gelben Hauptlings kein wahres Wort ist, die Ausgetretenen gaben unter Eid an, daß nicht Schneider sie dazu „preste“, aus dem gelben Verein auszutreten, sondern daß sie selbst austraten, weil ihnen das Treiben im gelben Verein nicht mehr gefiel und weil sie sich schämten, dem Verein anzugehören; sie selbst seien zu Schneider gekommen, um ihn zu bitten, er möge ihnen einen Zettel geben, worauf sie ihren Austritt aus dem gelben Verein erklären können. Nicht einer der Ausgetretenen sei durch Schneider aufgefordert worden, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband einzutreten. Entgegen wurde festgestellt, daß im Betrieb für den gelben Werkverein in ungerechtfertigter Weise agitiert wird. Kabloff kam billig davon, das Gericht nahm zu seinen Gunsten an, daß er keine Gewandtheit im Schreiben habe und verurteilte ihn zu 40 M. Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten. Auf seine Kosten wird das Urteil im Bund und in der Fränkischen Tagespost veröffentlicht.

Vom Streikbrecheragenten Ferber

berichtet die Eberfelder Freie Presse vom 9. November folgendes:

Gestern nachmittag gegen 3¼ Uhr wurde der Streikbrecheragent Ferber vom Wirt Oschhoff in der Cleverstraße aus dem Lokal geteilt, weil F. total betrunken war. Auf der Straße rumpelte er einen jungen Mann an, der zur Post wollte. Dieser verbot sich das, weshalb ihn von F. Ohrfeigen angeboten wurden. Alsdann rangte er einen Kutscher der Dyraa Wollers an und bedrohte denselben schließlich mit einem Revolver. Nach dieser Tat wurde der gemeingefährliche Mensch von zwei Schutzleuten verhaftet. Gleich an Ort und Stelle nahm man eine Leibesvisitation vor und beförderte neben dem Revolver einen Dolch sowie einen Gummi-Flaschlauch mit. Das nützliche Element wurde zur Postkammer in der Wegenerstraße transportiert. Und solche Elemente gehören im allgemeinen gegenüber armen braven Arbeitern im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen den besonderen Schutz der Polizei.“

Der Zentralverband deutscher Industrieller und die Gelben schreien aber unentwegt nach „mehr Schutz für Arbeitswillige“.

Vom Ausland.

Osterreich.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, der vom 29. Oktober bis zum 3. November dieses Jahres in Innsbruck stattfand, war nicht nur für die politische, sondern auch für die gewerkschaftliche Bewegung der österreichischen Arbeiter von großer Bedeutung. Die nationale Frage stand auf diesem Parteitag zur Erörterung, das heißt es sollte besonders über den tschecho-slawischen Separatismus gesprochen werden. Und es wurde in der Tat eine Debatte geführt, die in das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs zu den nationalitätlichen Freiwegen ihrer tschecho-slawischen Bruderpartei in vielen Punkten Klarheit brachte.

Der gewerkschaftliche Separatismus, der von der tschecho-slawischen Sozialdemokratie sorgsam emporgehoben wurde, erfuhr vom deutschen Parteitag eine scharfe Ablehnung, während die tschecho-slawischen Genossen, die wegen ihrer zentralistischen Betätigung aus der offiziellen tschecho-slawischen Sozialdemokratie austreten mußten und eine neue tschecho-slawische sozialdemokratische Partei gründeten, als Bundesgenossen im Kampfe gegen den Nationalismus warm begrüßt wurden. Darin gipfelt die vom Parteitag angenommene Resolution, die in ihren, die Gewerkschaften betreffenden Stellen lautet:

„Indem die tschecho-slawische Sozialdemokratie den gewerkschaftlichen Separatismus, im Gegensatz zu der deutlich ausgesprochenen Ueberzeugung der Vertrauensmänner der gesamten Weltinternationalen als prinzipielle Richtschnur ihrer Parteipolitik und als Grundlage ihrer Parteiorganisation proklamirte, hat sie sich mit der schwereren Verantwortung dafür belastet, daß die gewerkschaftliche Organisation und damit die wirtschaftliche Kampfbarkeit des Proletariats aller Nationen in Oesterreich, nicht zum mindesten die des tschecho-slawischen Proletariats selbst empfindlich geschwächt wurden, daß das Bewußtsein der internationalen Interessengemeinschaft und Solidarität der Arbeiterklasse in Oesterreich getrübt und gestört, ja die Gefahr der Entfremdung nationalitätlicher Feindseligkeit in proletarische Organisationen heraufbeschworen wurde, sowie daß schließlich vor allem das internationale Einbernehmen sowie die Geschlossenheit der Aktion der österreichischen Gesamtpartei in bedenklicher Weise beeinträchtigt wurden.“

Angesichts dieser Tatsachen erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

Wir wissen uns eins mit der gesamten Internationale, deren einmütigem Botsam die tschecho-slawische Partei belagenerwertweise demonstrative Mißachtung entgegengezeigt hat; wir wissen uns eins mit allen anderen, der österreichischen Gesamtpartei angehörenden nationalen Parteien, die von diesen Ereignissen nicht minder schwer berührt werden als das deutsche Proletariat, wenn wir den Separatismus, als der internationalen Grundanschauung der Sozialdemokratie widerstrebend, prinzipiell ablehnen.

Wir stützen uns auf trauerliche Erfahrungen in letzter Zeit und am eigenen Leibe des Proletariats aller Jungen in Oesterreich, wenn wir den gewerkschaftlichen Separatismus und die durch ihn bewirkte Zerstückelung der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen für praktisch verwerflich erklären.

Wir sind der Ueberzeugung, daß der täglich deutlicher und mächtiger werdende internationale Zusammenschluß des Unternehmertums zwingender denn je die internationale geschlossene Zentralisation unserer Gewerkschaftsorganisationen zur ersten Bedingung erfolgreicher gewerkschaftlichen Kampfes macht, deren Preisgabe die Lebenshaltung des organisierten Proletariats schwer gefährden muß.

Der Separatismus widerspricht also nicht nur dem Grundgedanken der sozialistischen Internationale, er ist auch eine ernste Gefährdung unseres politischen und gewerkschaftlichen Kampfes.

Die deutsche Sozialdemokratie muß die Verantwortung für diese Erscheinungen der tschecho-slawischen Sozialdemokratie überlassen; um so mehr hat sie die Pflicht, ihren eigenen Boden, ihre eigene politische Entwicklung und Aktion vor den Folgen des tschecho-slawischen Separatismus zu schützen.“

Die einseitige Stellungnahme der Partei für die Gewerkschaftsverbände, die im schweren Kampfe gegen den Separatismus liegen, wird nicht verfehlen, die Abwehr der gewerkschaftlichen Zerstückelungsversuche zu stärken. Auch bei einer andern Gelegenheit hätte der deutsche Parteitag Gelegenheit, für die gewerkschaftliche Arbeit eine Lanze einzulegen. In einer vom Parteitag angenommenen Resolution über die Zeitung wird ausgeführt, daß die politische Betätigung des Proletariats allein nicht ausreicht, um im notwendigen Tageskampfe gegen die Feindung ausreichende Erfolge zu erzielen. Eine große Aufgabe in diesem Kampfe fällt den Gewerkschaften und Genossenschaften zu, weshalb der Parteitag in warmen Worten zu eifriger Arbeit für diese Organisationen aufruft. Sowohl der Beschluß über den Separatismus, als die angenommene Leuerungsresolution bedeuten eine Rechtfertigung und Bekräftigung der bisher geleisteten gewerkschaftlichen Arbeit unserer Zentralverbände.

Dem zehnten ordentlichen Verbandstag der Metallarbeiter, der Mitte November in Wien stattfand, wurden vom Verbandsvorstande einige bedeutsame Arbeiten vorgelegt. Großes Aufsehen erregte die Schrift Dokumente des Separatismus, die zur Beleuchtung des tschecho-slawischen Separatismus eine größere Anzahl Artikel, die in der tschecho-slawischen Presse erschienen sind, in deutscher Uebersetzung vorlegte. Bei der Rektüre dieser Artikel erkennt man erst, wie weit sich viele tschecho-slawische „Sozialdemokraten“ bereits von den Ideen der Internationale entfernt haben. Noch wichtiger als diese Dokumente des Separatismus sind freilich die trefflichen Dokumente des Zentralismus, die dem Verbandstage vorgelegt worden sind. Wir meinen den Rechnungsbuchbericht und die Darstellung der wirtschaftlichen Kämpfe in der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie. Diese beiden Bücher sind nachschaff die beste Widerlegung der separatistischen Theorien, zeigen sie doch recht klar, wie vieles die Zentralgewerkschaft der Metallarbeiter trotz aller widrigen Umstände zu leisten vermochte. Aus dem Rechnungsbuchbericht ist zu entnehmen, daß der Metallarbeiterverband unter den Einwirkungen der Krise und des Separatismus in den Jahren 1908 bis 1910 eine erhebliche Einbuße erlitt. Im ersten Halbjahr 1911 sehen wir aber den Verband bereits wieder auf dem Vormarsch begriffen. Diese Tatsache rechtfertigt die Hoffnung, daß er bald nicht nur innerlich — das ist bereits jetzt der Fall —, sondern auch nach außen hin, in der Mitgliederzahl, dieselbe Position einnehmen wird, wie vor dem nationalen Streit.

Schweiz.

Metallarbeiterverhältnisse.

Die beste, schärfste und wirksamste Kampfswaffe ist für den Arbeiter doch die soziale Statistik, denn sie besagt mehr als alle Worte und sie kann auch andererseits nicht von den Gegnern mit bloßen Worten über den Haufen gerannt werden. Darum auch pflegen die Gewerkschaften seit jeher die Statistik der Arbeitszeit- und Lohnverhältnisse wie die der Lebenshaltung der Arbeiter, und auch der Schweizerische Metallarbeiterverband ist immer auf die Erfüllung dieser seiner wichtigsten Aufgabe bedacht.

Kürzlich hat die Sektion Bern unseres schweizerischen Bruderverbandes ein wertvolles Schriftchen veröffentlicht, das die Resultate ihrer lohn- und hauswirtschaftsstatistischen Erhebungen in zweimonatlicher Darstellung darstellt. Die Erhebungen wurden im April 1911 vorgenommen und erstreckten sich auf 2080 Personen aus Fabrik- und Handwerksbetrieben der Metall- und Maschinenindustrie. Davon waren 1520 gewerkschaftlich organisiert und von diesen beteiligten sich 1278 an der statistischen Enquete. Von den 2080 durch die Statistik erfaßten Arbeitern sind 43 Prozent in Privatbetrieben der Metall- und Maschinenindustrie, 16,3 Prozent in Staatsbetrieben, 15 Prozent in Gemeindebetrieben und 25,6 Prozent im Baugewerbe beschäftigt.

Die Erhebungen haben zunächst in bezug auf die Arbeitszeit ergeben, daß im städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswesen mit 314 Arbeitern und im Spenglergewerbe mit 110 Arbeitern der Neunfundentag oder die 54stündige Arbeitswoche besteht; in 12 Betrieben und außerdem für die Zinnaltureure und Montoure, wie auch Elektromontoure und Bauhändler — zusammen 1017 Arbeiter — die 9½stündige Arbeitszeit oder 56stündige Arbeitswoche; in 3 Betrieben mit 282 Arbeitern die 9stündige tägliche und 57- bis 57½stündige wöchentliche Arbeitszeit; in 4 Betrieben mit 277 Arbeitern und ferner für 80 Dachdecker — die im Metallarbeiterverband organisiert sind — die 10stündige tägliche oder 67- bis 67½stündige wöchentliche Arbeitszeit. Das Gesamtergebnis ist, daß 22,2 Prozent der Arbeiter eine wöchentliche Arbeitszeit von 54, 46,6 Prozent von 56, 22,8 Prozent von 57, 1 Prozent von 57,5, 2,4 Prozent von 58,5 und 5 Prozent von 59 Stunden haben.

Die große Mehrzahl der Arbeiter ist demnach 56 und weniger Stunden pro Woche beschäftigt. Im Durchschnitt beträgt die Arbeitszeit in den Gemeindebetrieben 54 Stunden, im Baugewerbe 56,2 Stunden, in der Metall- und Maschinenindustrie 56,3 Stunden und in den eidgenössischen (staatlichen) Betrieben 56,6 Stunden. Grundsätzlich muß man sagen, daß jede Arbeitszeit, die länger als 9 Stunden täglich dauert, angesichts der heutigen forcierten Arbeitsweise ein Raubbau, eine Verwüftung der menschlichen Arbeitskraft ist. — Für Ueberzeit- und Nachtarbeit werden Lohnzuschläge von 25 bis 50 Prozent vergütet.

Für die Berechnung der Lohnhöhe ist die Gesamtzahl von 305 Metallarbeitern zugrunde gelegt, da im Kanton Bern die Feiertage sehr reduziert sind. Wichtig ist die Feststellung, daß die 1278 an der Statistik beteiligten Arbeiter rund 14 000 Arbeitstage wegen Krankheit (35,8 Prozent), Arbeitslosigkeit und aus anderen Ursachen (39,3 Prozent) und infolge des Militärdienstes (24,8 Prozent) verloren, wozu noch 6000 eingebüßte Arbeitstage der Bauarbeiter kommen. Unter diesen Umständen reduziert sich die Zahl der jährlichen Arbeitstage für die gesamte erfaßte Arbeiterklasse auf 292.

Die Stundenlöhne schwanken von 30 Cts. (für 15 Arbeiter und Arbeiterinnen) bis über 90 Cts. (nur für 2 Arbeiter).

Die Jahreslöhne bewegen sich für die Metallarbeiter ohne das Baugewerbe zwischen 1072 Frs. (Hilfsarbeiter und Handlanger) und 2047 Frs. (gelernte Feilenhauer), für die Arbeiterbetriebe zwischen 1488 Frs. (Hilfsarbeiter und Handlanger in einer Dosenfabrik) und 2410 Frs. (für Berufarbeiter in einer Gießerei). Im Durchschnitt beträgt der Jahresverdienst für die gelernten Arbeiter im Stundenlohn 1701 Frs., im Akkord 1988 Frs., für die ungelerten und ungelerten Arbeiter 1412 beziehungsweise 1734 Frs., im Gesamtdurchschnitt für alle Arbeiter 1570 Frs. beziehungsweise 1624 Frs.

Der Gesamtdurchschnitt der Bauhändler beträgt bei durchschnittlich 285 Arbeitstagen 1683 Frs., der Hilfsarbeiter bei 298 Arbeitstagen 1940 Frs.

Diese gesamten Lohnverhältnisse sind durchaus unbefriedigend und verbesserungsbedürftig.

Von Interesse ist die Feststellung, daß zirka drei Viertel der Arbeiter länger als ein Jahr an der gleichen Arbeitsstelle tätig sind; in einer ganzen Reihe von Betrieben ist mehr als ein Drittel der Arbeiter schon mehr als fünf Jahre tätig, sie zählen also zum „alten Stamm“. Diese „Gesamtheit“ der Arbeiter ist sehr nachteilig für die Gestaltung der Lohnverhältnisse, wie denn in einem Betriebe, in dem mehr als die Hälfte der meist gelernten Arbeiter schon lange beschäftigt ist, der durchschnittliche Stundenlohn nur 48 Cts. (38 S.) beträgt. Diese Zusammenhänge sind sehr beachtenswert, sie lassen sich aber wohl überall beobachten.

Zum Schluß wird durch die Haushaltsrechnung eines erst 36jährigen verheirateten Schlossers, der Frau und zwei Kinder hat, veranschaulicht, wie die Lebensverhältnisse der Arbeiter in Bern,

